

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRODER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH - Pfarrer Alfons KREUSSEL - Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB - Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHÄUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 6

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Juni 1958

An die evangelischen Christen Deutschlands

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU beendete seine 7. Bundestagung am 6. und 7. Juni in Essen, an der rund 400 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen, mit nachstehendem, einstimmig beschlossenen Aufruf:

Schwarmgeister verwirren das rechte evangelische Verständnis vom politischen Amt.

Sie treten mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit und unter politischem Mißbrauch kirchlicher Ämter auf. Sie vermessen sich, diejenigen, die aus christlicher Verantwortung in ihrem Amt die Landesverteidigung ernst nehmen, der Verleugnung aller drei christlichen Glaubensartikel zu zeihen, ja, sie Atheisten zu nennen.

Daß die atheistisch-kommunistische Ideologie mit allen modernen Mitteln einer Diktatur die freie Welt zu übermächtigen sucht, wird verharmlost oder verschwiegen.

Der Friede ist unser kostbarstes Gut. Wir stellen nur die Wirklichkeit des Friedens gegen die Illusion eines Friedens, die die Kapitulation aus der Angst vorbereitet.

Die allgemeine kontrollierte Abrüstung der konventionellen und nuklearen Waffen ist unser oberstes Ziel. Aber bis dahin — täuschen wir uns nicht! — beruht die Wirklichkeit des Friedens auf der indirekten Verteidigung: dem Gleichgewicht der Kräfte.

Die bequeme Ausflucht in den allzu billigen Frieden ist die eigentliche Kriegsgefahr — nicht anders als 1939. Die pazifistische Schwäche seiner Gegner hat Hitler damals ermutigt, sein Risiko gering einzuschätzen.

Als evangelische Christen in der öffentlichen Verantwortung beschwören wir daher die berufenen Vertreter der evangelischen Kirche,

wachsam und nüchtern die Geister zu scheiden, uns immer neu in der Verantwortung des Friedens zu rufen, aber sich nicht in politische Entscheidungen drängen zu lassen. Das ist nicht ihres Amtes.

WIR RUFEN UNSER VOLK AUF,

an unsere Landsleute in Mitteldeutschland zu denken, die von uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unter Befreiung vom sowjetisch-ideologischen Joch vertrauensvoll erwarten. Die Gewissensnot drüben ist grauenvoll. Wenn wir nicht frei bleiben, können sie nicht frei werden.

WIR BITTEN UNSER VOLK,

nicht den Parolen der unverbindlichen Vorleistung der einseitigen Abrüstung und der Kapitulation in Raten zu folgen.

WIR BESCHWOREN UNSER VOLK,

nüchtern eingedenk zu bleiben, daß Frieden, Freiheit und Sicherheit Opfer, Mut und Disziplin kosten — wider alle Angst vor dem Kommunismus und der Atombombe.

Laßt uns in der Kraft des Glaubens alle Angst überwinden.

DIE INNENPOLITISCHEN VORAUSSETZUNGEN DER WIEDERVEREINIGUNG

Referat auf der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Lassen Sie mich zunächst einige Worte zur Wahl und zur näheren Bestimmung dieses Themas sagen: Die Wiedervereinigung — oder sagen wir doch lieber: die Wiederherstellung der deutschen Einheit — wird beinahe gewohnheitsmäßig und oft auch etwas gedankenlos nur als eine Aufgabe der deutschen Außenpolitik aufgefaßt und dargestellt. Wir sind, wie mir scheint, in der Gefahr, die innenpolitischen Voraussetzungen dieser deutschen Schicksalsaufgabe nicht genügend zu sehen und nicht genügend zu beachten. Davon soll im folgenden die Rede sein.

Das Deutschland jenseits von Oder und Neiße ist durch eine fast restlose Vertreibung der Deutschen eine nationalpolitisch tote Zone geworden. Zwischen dieser toten Zone und der Bundesrepublik mit ihren 52 Millionen Menschen leben jene 17 Millionen Deutsche, an die wir in erster Linie denken, wenn wir von Wiedervereinigung sprechen. Rechnen wir den freien Teil Berlins hinzu, so sind es mehr als ein Viertel aller Deutschen, denen es versagt ist, unter einem gemeinsamen, schützenden staatlichen Dach zu leben und zu arbeiten. Jener Teil Deutschlands wird planmäßig und mit Gewalt einem bolschewistischen Umformungsprozeß unterworfen, dessen Zeuge wir täglich sind. Diese Tatsache der Umformung der sowjetischen Besatzungszone in einen kommunistischen Staat ist das eigentliche Hindernis der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Die Sowjets haben sich in Mitteldeutschland nicht nur militärisch engagiert. Für sie ist Mitteldeutschland nicht nur das Vorfeld ihrer eigenen Sicherheit und gleichzeitig die Klammer um ihr Satellitenreich, die Zone ist nicht zuletzt auch die am weitesten nach Westen vorgeschobene politische Position der Bolschewisten — wenn wir einmal von den Fünften Kolonnen der Sowjets in nahezu allen Ländern Westeuropas absehen wollen. Es geht also nicht nur um die Frage, wie der westliche und der östliche Sicherheitsbereich gegeneinander abgegrenzt werden sollen, sondern gleichzeitig um das Problem, wie man es fertig bekommt, daß alle Deutschen wieder „nach ihrer Façon

selig werden“ dürfen, daß ihnen erlaubt wird, ein Leben zu führen, wie es ihrer Tradition und Kultur, wie es ihren Vorstellungen von Welt, Wirtschaft und Staat entspricht.

Stand des Bolschewisierungsprozesses in der Zone

Lassen Sie mich kurz auf den heutigen Stand des Bolschewisierungsprozesses in der Sowjetzone hinweisen: Den Sowjets bot das Potsdamer Abkommen mit seinem vieldeutigen Programm für die Demokratisierung, Entmonopolisierung und Entmilitarisierung Deutschlands eine willkommene Handhabe. Für sie bedeutete die sogenannte Demokratisierung die Errichtung einer „formalen“ Demokratie auf der Grundlage des Einblocksystems. Sie bedeutete gleichzeitig auch „materielle“ Demokratisierung im Sinne einer planmäßigen Sozialisierung. Die sogenannte Bodenreform und die Industrieenteignungen, das ganze System der grundlegenden sozialen Umschichtung und Strukturveränderungen rechtfertigt die Besatzungsmacht mit dem Potsdamer Abkommen. So ist es kein Zufall, daß die Forderung „Zurück nach Potsdam“ fast ein Jahrzehnt lang Leitgedanke der sowjetischen Deutschlandpolitik war.

Die Sowjetzone gleicht im Werden und Wesen den osteuropäischen „Volksdemokratien“. Obwohl sich ihre Verfassung dem Wortlaut nach an die Weimarer Verfassung anlehnt, gibt es keine politische Willensbildung von unten her. Dem Wähler ist keine Entscheidungsfreiheit gelassen. Die öffentliche Verwaltung ist praktisch der Identität von Staat und kommunistischer Partei unterworfen. Regierungsbeschlüsse beruhen auf vorausgegangenen Beschlüssen des Politbüros der SED. Die Gesetzgebung wird zunehmend durch Verordnungen und Verfügungen der Zentralbehörden ersetzt. Eine Verwaltungsgerichtsbarkeit gibt es nicht.

Das sowjetische Modell bestimmt alles

Im Justizwesen ist das „Recht“ das Machtinstrument der Arbeiter- und Bauernklasse. Genau wie in der Sowjetunion ist die Stellung des Staatsanwalts überragend. Ihm ist die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen durch Ministerien, Behörden, Funktionäre und Staatsbürger übertragen. Selbstverständlich sind die weitaus meisten Staatsanwälte Absolventen von Volksrichterlehrgängen. Schon 1954 hatte nur noch 1 Prozent der Staatsanwälte die herkömmliche volljuristische Ausbildung. 96 Prozent aller Richter sind Volksrichter. Alle wichtigen Positionen sind mit Angehörigen der SED besetzt. Strafvollstreckung und Strafvollzug sind der Volkspolizei übertragen.

Auf die Gestaltung der Löhne und Arbeitsbedingungen haben die Arbeitnehmer weder kollektiv noch individuell Einfluß. Der kommunistische „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ und die Betriebsgewerkschaftsleitungen vertreten nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern die des Staates. Das Streikrecht, obwohl in der Verfassung noch gewährleistet, wird mit der Argumentation aufgehoben, daß man im Arbeiter- und Bauernstaat nicht gegen sich selbst streiken könne.

Das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben in der Zone ist durch die Abhängigkeit vom sowjetischen Modell bestimmt. Die Wirtschaft ist in die Wirtschaft des Ostblocks eingefügt. Sie wird durch zentrale Planung regle-

INHALT

AN ALLE EVANGELISCHEN CHRISTEN DEUTSCHLANDS

Aufruf des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU S. 1

DIE INNENPOLITISCHEN VORAUSSETZUNGEN DER WIEDERVEREINIGUNG

von Gerhard Schröder S. 2

THEOLOGISCHE FRAGEN ZUR VERTEIDIGUNG

von Wilhelm Halfmann S. 8

UNSER WEG NACH EUROPA

von Franz Eitzel S. 13

PRESSESTIMMEN

ZUR 7. BUNDESTAGUNG S. 20

mentiert. Der Anteil der Privatindustrie an der Gesamtproduktion war bis 1957 auf etwa 10 % abgesunken. Der private Handel betrug 1956 bereits weniger als ein Drittel. Der Großhandel ist schon seit 1946 völlig verstaatlicht. Der Außenhandel ist Staatsmonopol. Der Interzonenhandel macht höchstens noch 10 % des Außenhandelsvolumens aus. In der Landwirtschaft gibt es 540 Staatsgüter und zwischen 6 und 7000 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften nach dem Muster des sowjetischen Kolchos.

Im Erziehungswesen ist das Elternrecht durch den absoluten Anspruch des Staates verdrängt. Das Regime versucht mit den verschiedensten Mitteln, den „Menschen neuen Typs“ heranzuziehen. Die Zulassung zur Oberschule und Universität erfolgt nach klassenkämpferischen Gesichtspunkten. Mit der Überleitung zur „Sozialistischen Erziehung“ hat eine zweite Phase der Schulreform 1956/57 begonnen. Der neue Lehrer soll „kämpferisch gegen alle Feinde der Arbeiter- und Bauernmacht“ sein. Die Verschärfung im Hochschulbereich während der letzten Monate ist bekannt. Der Druck richtet sich gegen die „bürgerliche“ Wissenschaft; er macht nicht mehr vor den Naturwissenschaftlern und der „technischen Intelligenz“ halt. Der „Wissenschaft neuen Typs“ ist die Aufgabe zugewiesen, in Forschung und Lehre Dogmen und Vorstellungen des Marxismus-Leninismus zu beweisen und zu vertreten. In der Organisation ist das Hochschulwesen dem sowjetischen Vorbild angeglichen. Für alle Studierenden ist ein ideologisch ausgerichtetes „gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium“ obligatorisch.

Über die grundsätzliche religions- und kirchenfeindliche Einstellung des Kommunismus brauche ich in diesem Kreise kaum etwas zu sagen. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wird zunehmend schlechter. Die atheistische Propaganda richtet sich in erster Linie an die Jugend. Durch Druck und Einschüchterung wird die Jugendweihre weiter verbreitet, die Religion als Aberglauben verächtlich gemacht, der Lebens- und Wirkungsbereich der Kirchen personell und materiell ständig weiter eingeengt. Das Ziel ist die Trennung der Jugend von der Kirche, die einem zielbewußten Einschrumpfungsprozeß unterworfen wird.

Zusammenfassend läßt sich folgendes sagen:

In der Zone herrscht die bolschewistische Ideologie als Anleitung zum politischen Handeln. Außenpolitik der Sowjetunion, sowjetische Besatzungszone und Politik des Pankower Zonenregimes sind Teile einer Konzeption. Die kommunistische Partei, dort SED genannt, ist die Trägerin des Regimes, die Trägerin der Propaganda, die Trägerin des ideologischen Vorstoßes nach Westen. Sie hofft darauf, daß wirtschaftliche, gesellschaftliche und staatliche Krisen im Westen, daß die Gegensätzlichkeiten im westlichen Lager zu revolutionären Situationen führen werden. Solche Situationen sollen geschaffen und ausgenutzt werden durch sozialistische Aktionsgemeinschaften, auf deren Bildung gerade auch in der Bundesrepublik alle personelle, finanzielle und propagandistische Kraft verwendet wird. Erfüllt von dem Glauben an den bolschewistischen Endsieg, überzeugt von der Überlegenheit des Marxismus-Leninismus, getrieben von einem expansiven Machtstreben und dem fanatischen Eifer einer Heilslehre, sehen die sowjetzonalen Machthaber die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur in einer Unterwerfung aller Deutschen unter Hammer und Sichel.

Ist die Bundesrepublik auf festen Grund gebaut?

Versuchen wir nun, kurz die Lage in der Bundesrepublik zu umreißen: Wir haben eine stürmische Wiederaufbauperiode hinter uns. Unter Anspannung aller Kräfte, mit

viel Erfindungsreichtum und einer geradezu verbissenen Hingabe an die Arbeit haben die Deutschen in der Bundesrepublik einen wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Wiederaufbau, richtiger gesagt: Neubau, geschaffen, der die Bewunderung verdient, die er findet. Hingegeben an eine konkrete Aufgabe, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprach, ist es den Deutschen in der Bundesrepublik gelungen, in Produktion, Außenhandel und Lebensstandard die Vernichtungsperiode des Krieges weithin auszulöschen. Nach innen und außen stellt sich die Bundesrepublik als ein freiheitlicher demokratischer Rechtsstaat dar, wie ihn das Grundgesetz schaffen wollte. Unsere politischen Verhältnisse genießen weithin den Ruf der Stabilität. Und doch wird jetzt in der innerdeutschen Diskussion oft die Frage gestellt: Haben wir auf festen Grund gebaut? Sind die Elemente unserer Stabilität zerbrechlich? Ist das Gefüge von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einer ernsthaften Belastung gewachsen?

Kein Zweifel, wir sind nach etwa 10 Jahren stürmischer wirtschaftlicher Entwicklung in eine Periode eingetreten, die uns vor die Notwendigkeit stellt, gewisse Anpassungsvorgänge zu vollziehen. Aktivität und Denken werden nicht mehr von den unmittelbaren Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus völlig in Anspruch genommen. Stärker als bisher empfinden die Deutschen wieder ihre freiwillige oder unfreiwillige Verstrickung in die Vorgänge der ganzen Welt. Seit dem Ende des Besatzungsregimes und der Wiedererlangung der Souveränität im Mai 1955 ist für die Bundesrepublik die Aufgabe und Notwendigkeit der politischen Orientierung nicht einfacher, sondern schwieriger und verantwortungsvoller geworden. Das wird in weiten Kreisen erst jetzt erkannt. Diese Tatsache wird mit Unbehagen aufgenommen. Sie zwingt zu Überlegungen, die als unbequem, und zu Entscheidungen, die als Herausforderung empfunden werden. Und wie wir sehen, reagieren viele darauf mit der abwehrenden Geste des Trotzes — mit dem Trotz des verwöhnten und verzogenen Wirtschaftswunderkindes. Blickt man in Zeitungen und Zeitschriften der letzten Monate, hört man hinein in diese innerdeutsche Diskussionen, dann drängt sich der Eindruck auf, als ob Mißvergnügen, permanente Gereiztheit und ein Hang zur übersteigerten Kritik die charakteristischen Merkmale unserer Zeit seien.

Pessimistische Urteile der Zeitkritik

Zeit- und Kulturkritik sind eindeutig pessimistisch gestimmt. Ein Auslandskorrespondent einer großen deutschen Zeitung, der nach 10 Jahren nach Deutschland zurückgekehrt ist, berichtet über seine in der Heimat gewonnenen Eindrücke. Er schildert die Bundesrepublik als ein Land mit wenig Interesse für die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs. Er meint, daß sich die Gespräche unter uns im wesentlichen um Autos, Gesundheit und Geschäfte drehten. Nach seiner Meinung streben alle nach Sicherheit und jagen nach Erhöhung des Lebensstandards. Sie können nicht mehr zuhören, sie sind politisch intolerant. Sie verleugnen die Vergangenheit, statt sich mit ihr auseinanderzusetzen. Sie haben die guten Absichten aus der Zeit unmittelbar nach 1945 vergessen. Heute sind sie angeblich damit beschäftigt, ein sehr buntes und hastiges Leben um einen inneren Hohlraum herum aufzubauen. Ein anderes Beispiel: In einem Aufsatz mit der Überschrift „Die große Furcht vor 1958“ steht zu lesen: „Sätheit, Trägheit, elender Konformismus und Konventionalismus und selbst bei den Besseren offener Opportunismus und Heuchelei haben fast alle echte kritische und analytische Fähigkeit in uns gelähmt.“

Können wir diese Aussagen als zutreffend anerkennen? Oder ist es nicht vielmehr so, daß es ähnliche Erschei-

nungen wie die hier angeprangerten schon immer gegeben hat? Diese Frage ist berechtigt. Denken wir nur einen kurzen Augenblick an jenes Kapitel der deutschen Geistesgeschichte, das etwa die Überschrift tragen könnte: „Die deutsche Selbstkritik“. Nennen wir Goethe, Hölderlin, Nietzsche. Hier schon findet sich eine Selbstanklage von ungeheurer Strenge und schmerzhafter Schonungslosigkeit; hier schon lesen wir die härtesten und schneidendsten Worte — oft Zeugnisse des typischen deutschen „Leidens an sich selber“. Ich erwähne das, um darzutun, daß wir heute nicht aus jedem heftigen Urteil über unsere angeblich immanente Unzulänglichkeit den Schluß ziehen dürfen, als ob wir moralisch und geistig vollends am Ende wären. Diese Diagnosen und Positionsbestimmungen, wie ich sie aus den letzten Wochen zitierte, sind allzu pauschal. Mag in ihnen sogar ein echter Kern stecken — ihren Verallgemeinerungen gegenüber muß die Frage gestellt werden: Sind in den vergangenen Jahren nicht auch alle positiven Eigenschaften unseres Volkes sichtbar und wirksam geworden?

Um ein neues Staatsbewußtsein

Gewiß, sie haben nicht ausgereicht, alles zu schaffen. Unsere größte sichtbare Leistung ist der hart erarbeitete wirtschaftliche Wiederaufstieg aus dem Nichts. Er war die dringendste Aufgabe. Diese gewaltige Kraftanstrengung hat so viele Energien verbraucht, daß andere Bereiche zu kurz kommen mußten. So haben etwa die geistigen und politischen Kräfte nicht ausgereicht, ein neues geläutertes Staatsbewußtsein wachsen zu lassen, zumal die Nachwirkungen unserer jüngsten Vergangenheit diese Aufgabe erschweren.

Wenn die Nationen Europas — wie Ortega vor ein paar Jahren in München feststellte — heute nach dem zweiten Weltkriege müde sind und teilnahmslos gegenüber den großen Fragen der Zeit, wie sollten dann die Deutschen nicht geradezu erschöpft sein? Vom 1. August 1914 an hatten sie ja kaum eine Zeit der Ruhe. Wie sollten die Deutschen zumal die langen Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft mit ihrer ständigen Überhitzung und Verwirrung der Gefühle, mit ihren überspannten Anforderungen an die „Opferbereitschaft“ überstanden haben, ohne daß der Gemeinsinn gelitten hätte? Mußte nicht der Versuch einer frevelhaften Staatsführung, die letzten Bande der Gesittung unter den Menschen zerstören — mußte dies nicht bei manchen überhaupt die Fähigkeit zur Loyalität der Allgemeinheit und dem Staate gegenüber tödlich treffen? Dann das Jahr 1945. Da ist vielen, auch vielen gutwilligen und redlichen, eine Welt eingestürzt. Sie wußten nicht mehr, woran sie sich halten sollten. Sie wußten nur, daß die bisher für sie gültigen Ideen und Normen falsch, unzulässig, ja verwerflich seien. Sie fühlten Angst und Verzweiflung oder sie spürten auch nur Leere und einen bitteren Geschmack. Wo eine Generation zusammenbricht, da bleiben die Schäden auf lange Zeit irreparabel, auch wenn Arbeitswut und Motorenenthusiasmus lärmend einen Elan vortäuschen mögen. Und dann die sogenannte Umerziehung! Hatte sie nicht oft die Tendenz, so zu arbeiten, daß nicht der Nationalismus, sondern die Nation, daß nicht der Militarismus, sondern der Wille zur Selbstverteidigung, daß nicht der totale Staat, sondern der Staat überhaupt das Opfer sein mußte? Wir haben das im einzelnen vielleicht vergessen, aber heute noch stehen wir vor den Folgen.

Wie groß war die Verwirrung! Was war nicht alles strittig! Wer hatte seinem Land in der höchsten Not treu gedient? Wer war in jenen dunklen Jahren ein wahrer Patriot? Die Mißverständnisse waren so grob, daß sich etwa auch jene laut rühmten, die das nationalsozialistische Gewaltregime nur durch ein anderes Ge-

waltregime, nämlich durch das kommunistische, hatten ersetzen wollen.

Ein Oberstaatsanwalt schreibt

Verwirrung der Geister! Darf ich Sie hier an ein Wort des Kungfutsse erinnern, des chinesischen Weisen und Staatsmannes? Er sagt: „Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht; gedeihen Moral und Kunst nicht, so trifft die Justiz nicht; trifft die Justiz nicht, so weiß die Nation nicht, wohin Hand und Fuß setzen.“ Dafür ein Beispiel, daß dort, wo die Begriffe nicht richtig sind, die „Justiz nicht trifft“. Ein Oberstaatsanwalt, der häufig Anklage in politischen Prozessen zu erheben hat, schreibt in einem Brief folgendes:

„Es ist eine feststehende Tatsache, daß die Bundesrepublikaner am Schutz ihrer freiheitlich demokratischen Grundordnung völlig uninteressiert sind. Im Gegenteil wird eine Beschäftigung mit politischen Fragen, insbesondere mit Verfassungsfragen, und eine Vertiefung der Kenntnis unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung abgelehnt. Es ist kaum möglich, einen an sich staatsbejahenden Zeugen in politischen Strafsachen zu finden, der bereit wäre, als Zeuge über ihm bekanntgewordene verfassungsfeindliche Befähigungen auszusagen. Meistens bitten solche Zeugen, ihren Namen vertraulich zu behandeln, weil sie mit ‚politischen Sachen‘ nichts zu tun haben wollen oder, was verständlich ist, Angehörige in der Sowjetzone wohnen haben. Der Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung liegt keinem am Herzen. Das geht so weit, daß selbst Schöffen, wenn sie als Richter in politischen Strafsachen berufen werden, diesem Rufe nur mit ausgesprochenem Widerwillen und mit ausgesprochener Ablehnung folgen oder, wie demnächst zu erwarten sein wird, nicht mehr folgen. Die Verhandlungen in politischen Strafsachen finden durchweg vor leeren Zuhörerbanken statt, wenn auch der verhandelte Sachverhalt bei Offenlegung aller sowjetzonalen Querverbindungen durchaus als interessant angesprochen werden muß. Die sogenannte bürgerliche Presse, die sich auf ihre Staatsbejahung sehr viel einbildet, ist am Schutze unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und an der Aufklärung der Bevölkerung über offene und versteckte Angriffe gegen diese freiheitlich demokratische Grundordnung völlig uninteressiert. Selbst Hinweise an die örtliche Presse dahingehend, daß z. Z. eine interessante politische Strafsache öffentlich verhandelt wird, sind völlig ohne Erfolg. Das ist ein Zustand, der insbesondere in den Staatsanwälten das Gefühl hervorruft, mit einer ‚schmutzigen Materie‘ beschäftigt zu sein. Darauf dürfte es auch zurückzuführen sein, daß Nachwuchskräfte für die politische Justiz nur mit Widerwillen ihren neuen Aufgaben gegenüberreten.“

Soweit dieser Staatsanwalt aus dem Ruhrgebiet. Mag er auch seinen Brief in einer mutlosen Stunde geschrieben haben — sein Schreiben drängt uns dennoch die Frage auf, ob in der Bundesrepublik zur wirtschaftlichen, sozialen und äußeren Sicherheit im gleichen Maße auch die innere getreten ist. Ich bitte, das Wort hier richtig zu verstehen. Ich spreche nicht von der Sicherheit, für die in erster Linie der Innenminister verantwortlich ist. Die Bundesrepublik ist nicht vom Umsturz bedroht. Dem wurde mit gelassener Hand, aber doch mit Entschiedenheit vorgebeugt. Sondern ich spreche von jener inneren Sicherheit, die auf lange Sicht das Fundament aller anderen Sicherheiten ist, deren sich die Menschen in der Bundesrepublik erfreuen — nämlich derjenigen Sicherheit, die aus einem gesunden und gefestigten Verhältnis zwi-

schen dem einzelnen und der Allgemeinheit hervorgeht. Das ist die Sicherheit, sich richtig zu bewegen, statt unsicher, weil kompaß- und orientierungslos, hin und her zu tappen. Mit den Worten des Kungfutsse: es ist für die Nation die Sicherheit zu wissen, „wohin Hand und Fuß setzen“.

Ein Wort an Hochschule und Kirche

Der Bevölkerung diese Sicherheit zu geben, ist, wie schon aus der engen Verknüpfung aller Lebensbereiche in dem Wort Kungfutsse hervorgeht, nicht allein Aufgabe der politischen Kräfte; das ist nicht minder eine Aufgabe der geistigen und geistlichen Führungsmächte in dieser Zeit. Wird diese Aufgabe überhaupt erkannt? Bleibt die deutsche Hochschule zur Zeit dem deutschen Volke nicht etwas schuldig, was sie ihm geben könnte? Nämlich einen unüberhörbaren Beitrag zur Erkenntnis der geschichtlichen Situation, zur Führung im geistigen Leben und zur Festigung der moralischen Haltung. Und die Kirche? Haben sich nicht vor allem viele berufene Vertreter der Evangelischen Kirche zu sehr verstricken lassen in eine mehr oder weniger zeitbedingte politische Diskussion und Fragestellung? Um einer angeblichen Lebens- und Menschennähe willen haben sie sich auf Themen drängen lassen, denen gegenüber die geistliche und theologische Aussage oft sehr umstritten ist, zumal wenn ihr die nötige Kenntnis und Erfahrung im einzelnen sichtbar fehlt. Ich bin allerdings davon überzeugt, daß sich in nicht allzu ferner Zeit auch bei vielen Theologen wieder die Erkenntnis Bahn brechen wird, daß es nicht so sehr die aktuelle politische Situation ist, mit der sie es in der Bundesrepublik zu tun haben, sondern der Mensch. Und daß dieser Mensch ohne Rücksicht auf den Stand wissenschaftlicher Erkenntnis und wirtschaftlichen Fortschritts unverändert trost-, hilfe- und erlösungsbedürftig bleibt. Diesem Menschen aber ist nicht dadurch zu helfen, daß die Theologen etwas mehr von politischer Soziologie verstehen, sondern daß ihm aus dem Evangelium geholfen wird, zu dessen Verkündung sie berufen sind.

Das sage ich nicht leichten Herzens. Aber ein freier demokratischer gesamtdeutscher Staat kann nur dann Wirklichkeit werden, wenn die Bundesrepublik als derzeit einziger freier Teil Deutschlands am Tage der Wiedervereinigung intakt und für seine Verpflichtungen gegenüber Gesamtdeutschland politisch, geistig und moralisch gerüstet ist. Und eben diese Erkenntnis zwingt uns immer von neuem zu kritischer Beurteilung unserer inneren Situation im Hinblick auf die Wiedervereinigung.

Ein nationalpolitisches Anliegen, keine parteipolitische Zielsetzung

Ich komme nun zu den innenpolitischen Voraussetzungen der deutschen Wiedervereinigung im einzelnen. Daß die Wiedervereinigung ein lebensnotwendiges Ziel der deutschen Politik ist, darüber gibt es unter uns keine Meinungsverschiedenheit. Wir alle sind uns auch darüber einig, daß die notwendige Geschlossenheit der politischen Aktion aufs schwerste gefährdet wäre, wenn die Wiedervereinigung zu einem parteipolitischen Streitgegenstand herabgewürdigt würde. Gefahren dieser Art hat es in den vergangenen Jahren schon mehrfach gegeben; sie drohen durch gewisse sozialistische Erklärungen der jüngeren Zeit neu belebt zu werden. Die Wiedervereinigung ist jedoch ein nationalpolitisches Anliegen, nicht etwa eine spezielle parteipolitische Zielsetzung. Hier ist auch jene törichte Vorstellung zu korrigieren, als ob die Katholiken ein geringeres Interesse an der Wiedervereinigung hätten als der deutsche Protestantismus. Diese kurzsichtige Betrachtung übersieht vollkommen, daß die konfessionellen Interessen, die die katholische

Kirche jenseits des Eisernen Vorhangs wahrzunehmen hat, wesentlich größer sind als die der Protestanten, die sich mehr oder weniger auf die Sowjetzone selbst beschränken.

Das Gerede von einer Konföderation

Ich gehe auch davon aus, daß eine Wiedervereinigung, die diesen Namen verdient, nur in der Freiheit der politischen Selbstbestimmung möglich ist. Hier gilt es ein sorgsames Auge auf alle jene verschwommenen Vorstellungen von allmählicher Anpassung, Angleichung und Verschmelzung zu haben. Ich warne vor noch so gut gemeinten Illusionen. In den Kreis solcher Illusionen gehört auch das Gerede über eine Konföderation. Sicherlich könnte sich die Wiedervereinigung unter Formen des staatsrechtlichen Übergangs vollziehen. Aber dies würde voraussetzen, daß die Wirtschafts- und Sozialordnung zumindest im Grundsätzlichen in beiden Bereichen übereinstimme und daß sich die staatliche Willensbildung in freien demokratischen Formen vollzöge. Der Vollzug der Wiedervereinigung kann erst beginnen, wenn Klarheit über den Vorgang im einzelnen besteht und die notwendige Sicherheit für den reibungslosen Ablauf des vereinbarten Vorgangs gegeben ist. Wenn man Wiedervereinigung als gewaltsamen Vorgang, als kalten Staatsstreich oder als revolutionäres Ereignis ausschließen will, gibt es sie nur auf Grund eines völkerrechtlich garantierten Instruments.

Man wird nun die Frage stellen, ob nicht die Aussicht für eine solche Wiedervereinigung durch jeden Tag verschlechtert werde, an dem der Prozeß der Bolschewisierungsprozeß fortschreitet. Diese Frage ist grundsätzlich zu bejahen. Je weiter dieser Prozeß fortgeschritten ist, um so schwerer wird es sein, seine verheerenden Wirkungen in materieller und personeller Beziehung wiedergutzumachen. Trotzdem sollten wir uns davor hüten, die Bedeutung wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen zu hoch zu veranschlagen und den Eingriff des kommunistischen Umformungsprozesses in die seelische Substanz allzu pessimistisch zu beurteilen. Ein Hinweis auf Polen und Ungarn mag das verdeutlichen. Für die Deutschen in der Zone ist die Lage zudem weit hoffnungsvoller: Für sie lebt und wirkt das wahre Deutschland in der Bundesrepublik. Für sie sind wir die Träger der geschichtlichen Aufgabe Deutschlands, die Hüter der Tradition, die Bahnbrecher einer neuen Entwicklung, die Repräsentanz der Nation. Solange wir diese Aufgabe sichtbar und glaubwürdig erfüllen, solange wird dem Regime drüben das Zeichen der Dauer und Beständigkeit fehlen. Es mag Triumphe feiern in der Veränderung der Formen, in der äußeren Unterwerfung von Menschen, in der Montage einer neuen Außenfläche, in der totalitären Beherrschung bis in den letzten Winkel. Dies alles wird nicht bewirken können, daß Hoffnung und Sehnsucht der Menschen in der Sowjetzone nach dem wirklichen Deutschland je erlöschen.

Drei entscheidende Voraussetzungen

Wenn dies, wie ich glaube, richtig ist, so ergeben sich daraus einige ganz eindeutige Folgerungen:

1. Die Menschen drüben müssen wissen, daß wir nicht zur Kapitulation vor ihren Machthabern bereit sind, auch nicht zu einer Kapitulation in Raten. Sie müssen wissen, daß es bei uns keinen Verrat an unserem gemeinsamen Erbe, keine Art volksdemokratischer Anpassung geben wird. Der Freund in der Freiheit hat für den Gefangenen nur dann einen Wert, wenn er den Willen und die Kraft hat, dem Gefangenen die Freiheit zu bringen. Dem Gefangenen nutzt die edle Absicht, die Gefangenschaft mit ihm teilen zu wollen, nichts. Sein Wunsch ist nicht, Leidensgefähr-

ten zu bekommen, sondern frei zu werden. Daraus folgt für unsere Innenpolitik die gebieterische Forderung, diejenigen Werte, die unser Staat verkörpert, nicht nur zu wahren, sondern noch zu kräftigen. Jedes Abweichen von diesem Kurs, jedes schwächliche Entgegenkommen, etwa gar das Paktieren mit den Herren in Pankow, müßte geradezu verheerende Wirkungen auf den Widerstandswillen in der Zone ausüben. Deshalb ist die Erhaltung und Kräftigung der durch die Bundesrepublik verkörpert deutschen Position in der Welt eine geradezu entscheidende Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung.

2. Die Bundesrepublik muß jederzeit bereit sein, in angemessener Weise diejenigen Deutschen bei sich aufzunehmen, denen die Fortsetzung ihres Lebens in der Zone unmöglich geworden ist. Diese Aufnahmebereitschaft bei uns ist die notwendige Rückversicherung für den Durchhaltewillen der Zone. Die Bundesrepublik als eine Freistadt für alle Deutschen — das ist die überzeugendste Legitimation für unseren Anspruch, Stimme und Wille aller Deutschen zu sein.
3. Das Ringen der Parteien um den Platz in der deutschen Innenpolitik darf nicht dazu führen, daß sie hinsichtlich der Wahrung der deutschen Lebensinteressen nach draußen auseinanderfallen. Solange die Sowjets glauben, auf die Uneinigkeit der deutschen Parteien in den nationalen Schicksalsfragen spekulieren zu können, solange kommen wir ihnen gegenüber in der Wiederherstellung des ganzen Deutschlands nicht einen Schritt weiter. Bei dem letzten sowjetischen Besuch in Bonn und bei den dort geführten Gesprächen ließen sich dafür eine Reihe interessanter Erkenntnisse gewinnen. Wo sich deutsche Politiker den Sowjets gegenüber wie Bieter auf einer Versteigerung benehmen, da ist alles gefährdet. Deshalb immer wieder der beschwörende Ruf an unsere Opposition: Kapitulierte nicht in Raten gegenüber den Sowjets. Laßt Euch nicht auf einen Abbau der deutschen Position ohne Gegenleistung ein. Es gibt nur eine wirkliche Entspannung, nur eine wirkliche Sicherung des Friedens: die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie verlangt Geduld, sie verlangt die Zusammenfassung unserer ganzen Kraft, sie verlangt die Geschlossenheit dessen, was ich den harten Kern der Nation nennen möchte. Im Bundestag habe ich kürzlich gesagt, wir sollten wenigstens einig sein können in der Trauer um das, was wir noch als verloren beklagen müssen. Vielleicht erwächst aus solcher Eintracht in Trauer noch die Fähigkeit, wenigstens nach draußen eine Sprache zu sprechen, die einen gemeinsamen Willen bekundet.

Für die Stabilität einer klaren Regierungsführung ist in der Innenpolitik das Gegenüber von Regierung und Opposition nahezu unerlässlich. Nur dort, wo sich Regierung und Opposition eindeutig gegenüberstehen, läßt sich Klarheit der Verantwortung und Sauberkeit des politischen Lebens schaffen. Die Opposition als die demokratische Alternative der am Ruder befindlichen Regierung, eine Alternative, die an dasselbe Grundgesetz und an dessen Wertordnung gebunden ist — das ist parlamentarische Regierungsform, die genügend Anspruch auf Autorität erheben kann. Die Erfahrungen seit 1949 beweisen das. Wenn also auch — der Entwicklung und Festigung unserer Demokratie wegen — grundsätzlich das klare Gegenüber von Regierung und Opposition in der Innenpolitik gefordert und gefördert werden muß, so gilt doch für die Außenpolitik der Grundsatz der Gemeinsamkeit. Wenn das eine ein Gegenüber der Demokratie wegen ist, so ist das andere eine Gemeinsamkeit der deutschen Nation wegen.

Wehners Schleichweg zum Sozialismus

Ich weiß, die Entschließung des SPD-Parteitages zur Wiedervereinigung widerspricht bereits dieser unserer Forderung. Die SPD-Entschließung trägt unverkennbar die Handschrift des neuen Stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, des Herrn Wehner. Sie läßt stärker als zahlreiche andere Entschließungen, die in Stuttgart angenommen worden sind, äußerst gefährliche politische Auffassungen erkennen, — so erwünscht es auch sein mag, daß ihr Autor sie klar ausgesprochen hat. Obwohl nichts vorgebracht wird, was wir aus dem Munde Wehners nicht schon gehört hätten, so muß der Scheinwerfer dennoch mit voller Stärke auf diese Entschließung gerichtet werden, denn nun sind die Ideen Wehners auch die Ideen der Partei geworden. Eine große deutsche Zeitung hat ihrem Bericht über diese Entschließung die Überschrift gegeben: „Durch Wiedervereinigung zum Sozialismus“. Mit diesen vier Worten ist in der Tat der Kern dieser Entschließung bloßgelegt.

Wörtlich heißt es in der Entschließung:

„Das deutsche Volk wird ohne die Überwindung der Teilung Deutschlands nicht in freier Selbstbestimmung eine gesellschaftliche Ordnung bauen können, die allen Mitbürgern die volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit, gleiche Startbedingungen, gleiche Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten gewährleistet. Für die arbeitenden Menschen und für die Jugend unseres Volkes ist aber eine solche Ordnung lebenswichtig. Nur mit einer solchen, für das ganze Volk gültigen gesellschaftlichen Ordnung ist ein Deutschland zu schaffen, das nach innen und außen die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt.“

Soweit das Zitat! Sehen wir einmal ab von der unerhörten Geringschätzung unserer im Grundsatz festgelegten Ordnung, die hier ihren Ausdruck findet. Beschränken wir uns zunächst auf die Behauptung Wehners, daß nur die gesellschaftliche Umgestaltung die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Diese These verrät, wie sehr Wehner übereinstimmt mit der kommunistischen Interpretation der Voraussetzungen für ein „friedliches Deutschland“. Und völlig stimmt das Vokabular auch dort überein, wo Wehner die SED davor warnt, daß ihre Politik „den reaktionären Scharfmachern im Westen Wasser auf die Mühlen treibt“. Wir fragen: Wer sind die „reaktionären Scharfmacher“ diesseits der Zonengrenze, von denen Herr Wehner spricht und von denen er „nach innen und außen die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit“ befürchtet? Wohlgerichtet: den furchtbaren Terror nach innen und die frevelhafte Aggression nach außen! Da Wehner eine nähere Kennzeichnung der „Scharfmacher“ für völlig überflüssig hält, ist er sicher, in Pankow richtig verstanden zu werden. Mit anderen Worten: Wehner und die sowjetzonalen Machthaber haben dieselben Leute im Auge. Also sind auch wir darüber orientiert, wen Herr Wehner meint. Dieser Wehner, der in Stuttgart von einem plötzlichen Bekenntnisdrang getrieben ausrief: „Ich gehöre zu den altmodischen Leuten, für die der Begriff der Klasse nicht überholt ist“ — dieser Wehner geht keineswegs behutsam vor. Es gehört offenbar nicht zu seinen Sorgen, ob die Gedanken des deutschen Volkes, die der Wiedervereinigung gelten, dem Streit entrückt oder ob sie im Dunstkreis der Verdächtigungen und des Gezänks erstickt werden. In Stuttgart jedenfalls wurde eine Darstellung der deutschen Teilung gegeben, die — entgegen den historischen Tatsachen — die Schuld an der Zerreißung unseres Landes gleichmäßig Ost und West zuteilte, um sodann in jene erbärmlichen Parolen auszufließen, die bislang auch von vielen Sozialdemokraten als ein peinlicher Slogan von geradezu provozierender Dummheit angesehen wurde, nämlich: „Adenauer und Ulbricht zu überwinden“.

Gefährlicher parteipolitischer Anschlag

Die SPD-EntschlieÙung zur Wiedervereinigung und die mannigfachen radikalen Töne, die auf dem Parteitag in Stuttgart oft grell aufgeklungen sind, lassen erkennen, daß mindestens für große Teile der Sozialdemokratischen Partei die im Grundgesetz festgelegte Wertordnung, die im Grundgesetz festgelegte wirtschaftliche und soziale, d.h. „gesellschaftliche“ Ordnung nicht ihren Vorstellungen entspricht. Deshalb ja auch die Forderung, durch Wiedervereinigung zum Sozialismus zu kommen. Wir müssen die Öffentlichkeit frühzeitig auf die Gefahr hinweisen, die für eine überparteiliche, nationalpolitisch orientierte Wiedervereinigungspolitik dadurch entsteht, daß die Sozialdemokraten hier eine Politik mit einem ausgesprochen sozialistischen Vorzeichen betreiben wollen. Dieses bisher für die Öffentlichkeit nicht erkennbare sozialistische Vorzeichen der sozialdemokratischen Wiedervereinigungspolitik ist auf dem Stuttgarter Parteitag in einer außerordentlich frappierenden Weise akzentuiert worden.

Ich bedauere diese gefährliche Entwicklung tief. Denn wir können in der Bundesrepublik nicht über die Wiedervereinigung in zwei verschiedenen Sprachen reden. Auch das gehört zu den innenpolitischen Voraussetzungen, die nun einmal notwendig sind für die Lösung der uns gestellten schweren Aufgabe. Und so darf ich hier das Wort eines deutschen Historikers zitieren, das am „Tag der deutschen Einheit“ vor drei Jahren gesprochen worden ist: „Das deutsche Volk — so sagte Gerhard Ritter — will ein einiges und ein freies Deutschland. Es ist unerträglich, wenn man von Wiedervereinigung in zwei ganz verschiedenen Sprachen, d.h. mit ganz verschiedener Zielsetzung redet. Die deutsche Vaterlandsliebe ist unteilbar, so gut wie das deutsche Vaterland unteilbar ist.“

Wir werden uns mit der Stuttgarter EntschlieÙung noch des öfteren auseinandersetzen. Hier ging es mir jetzt nur darum, den Begriff der Wiedervereinigung freizuhalten von parteipolitischen Zielsetzungen und von der Erwartung parteipolitischer Vorteile, die im übrigen eine der vielen Illusionen sozialistischer Wahlstrategen ist. Alle diese Nebengedanken müssen die politischen und moralischen Kräfte unseres Volkes gerade dort entzweien, wo Geschlossenheit eine unerläßliche Voraussetzung ist. Helfen Sie, meine Freunde, diesen parteipolitischen Anschlag auf die Wiedervereinigung abzuwehren. Die Wiedervereinigung ist kein Schleichweg zum Sozialismus! Wenn wir in der Bundesrepublik von der Wiedervereinigung sprechen, dann soll man nur eines darunter verstehen, nämlich die Aufgabe, der nationalen Not eines gewaltsam getrennten Siebzigmillionen-Volkes ein Ende zu setzen. Nur darum darf es uns gehen.

Deutsche Einheit nur durch Einigkeit

In diesen Monaten, in denen eine Diskussion entfacht worden ist, die offensichtlich nicht klären, sondern verwirren, die nicht einen, sondern entzweien will — in diesen Monaten ist es mehr denn je notwendig, mitten des aufgeregten Stimmengewirrs der Klagen und Anklagen, der falschen Behauptungen und gefährlichen Ratschläge den Blick freizuhalten für die Tatsachen, für die einfachen, aber unverrückbaren Tatsachen. Dies vor allem bezweckten meine Ausführungen, die sich zudem auf einen bestimmten innenpolitischen Aspekt beschränkten. Lassen Sie mich zusammenfassen:

Die Sowjetzone seufzt unter der zunehmenden Brutalität des bolschewistischen Umformungsprozesses. Die Menschen jenseits der Zonengrenze blicken nach Westen, sie wünschen eine Bundesrepublik, die klaren Kurs steuert. Die sich das unentbehrliche Vertrauen der freien

westlichen Welt erhält. Die nicht durch einen abenteuerlichen Alleingang alles gefährdet. Die nicht durch SED-Propaganda verwirrt, durch kommunistische Infektion geschwächt und durch Zank und Hader zerrissen ist. Denn ein derartiger Staat fände keine Beachtung, er fände auch keinen Glauben mehr als Sprecher des ganzen Volkes. Daraus ergibt sich für uns die Forderung nach einer möglichst starken Geschlossenheit der politischen Kräfte: Einheit nur durch Einigkeit!

Nüchtern und realistisch bleiben

Wir Deutschen haben in den letzten 40 Jahren viel weltgeschichtlichen Anschauungsunterricht gehabt. Vielleicht stellt sich manch einer von uns die besorgte Frage, ob wir aus diesem Unterricht etwas gelernt haben. Sich in dieser unruhigen Welt ehrenvoll zu behaupten, ist schon schwer genug. Gewaltiger als dies aber ist die Aufgabe, Deutschland seine historische Gestalt und seine ihm gemäÙe Lebensform wiederzugeben. Wäre dies lediglich ein innerdeutscher Vorgang, nun, so brauchte uns darum nicht bange zu sein. In Wirklichkeit aber tritt uns auf deutschem Boden eine totalitäre Macht entgegen. Jeder Tag stößt uns von neuem auf die Schwierigkeit, die auseinanderstrebenden Kräfte eines Vielparteienstaates so zusammenzufassen, daß sie dem ideologischen und propagandistischen Angriff dieses totalitären Regimes gewachsen sind. Manch einer unter uns mag daran zweifeln, ob wir die Doppelaufgabe erfüllen können: einmal im Spiel der Parteien eine solide Demokratie in Deutschland zu errichten und gleichzeitig nach drauÙen nationalpolitisch geschlossen aufzutreten. Ich kenne in der deutschen Geschichte keine Aufgabe, die sich mit der uns heute gestellten vergleichen lieÙe. Um so wichtiger aber ist es, daß die Deutschen in der Bundesrepublik über ihre alten Fehler hinauswachsen, daß sie nüchtern bleiben, daß sie realistisch sind, daß sie nicht mehr oder weniger künstlich einen neuen Klassenkampf beginnen, daß sie trotz aller Gegensätzlichkeit im einzelnen brüderlich zusammenhalten und daß sie ihre ganze Kraft zusammenraffen.

Die Ereignisse in unserem großen Nachbarland, deren Zeuge wir in der letzten Zeit geworden sind, sprechen eine beredete Sprache und sind eine laute Mahnung und Warnung für uns alle: Wenn der Parlamentarismus in einem Vielparteienstaat klaren Entscheidungen ausweicht und damit seine Autorität einbüÙt, dann stürzt der Staat in eine schwere Krise. Es ist unser aller Aufgabe und Verantwortlichkeit, darüber zu wachen, daß die Deutschen von der Freiheit, die ihnen neu geschenkt worden ist, den rechten Gebrauch machen. Dieser rechte Gebrauch von der Freiheit besteht in freiwilliger Disziplin. Freiwillige Disziplin ist nicht gerade eine unserer nationalen Tugenden. Trotzdem aber bleibt sie das wichtigste Gebot der Stunde.

„Es gibt keine Wiedervereinigung um jeden Preis, weil es keine Preisgabe der sozialistischen Errungenschaften gibt. Wir werden den Weg zum Sozialismus weitergehen . . . , um auch im Westen die sozialistische Entwicklung voranzubringen.“

HEINRICH RAU
Handelsminister der Sowjetzone

THEOLOGISCHE FRAGEN ZUR VERTEIDIGUNG

Referat auf der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Bischof D. Wilhelm Halfmann, Kiel

Wenn ich der Einladung gefolgt bin, im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU über theologische Fragen zur Verteidigung zu sprechen, habe ich zuerst klarzustellen, daß ich aus der Unabhängigkeit meines kirchlichen Amtes heraus spreche. Ich bin nicht Mitglied der CDU. Ich glaubte aber, mich dem Ruf von Freunden in der CDU nicht verschließen zu sollen, weil ich einem evangelischen Arbeitskreis zutraue, daß er nicht von vornherein eine theologische Bestätigung augenblicklich gültiger parteipolitischer Richtlinien erwartet, sondern offen ist für die Erwägung von Fragen, die um ihrer Bedeutung willen jeden christlichen Deutschen bewegen müssen. Denn die Fragen der Verteidigung überschreiten nicht nur das Konzept einer politischen Partei, sondern das Politische überhaupt. Sie reichen bis in letzte ethische und religiöse Tiefen.

I.

Nach dieser Vorbemerkung wende ich mich dem Thema zu, das mit dem Begriff der Verteidigung bezeichnet ist. Wir verstehen darunter Recht und Pflicht des Staates, sich selbst und das ihm anvertraute Leben mit all seinen Gütern gegen Bedrohungen zu schützen, die seine Existenz gefährden. Hierbei ist vorausgesetzt, daß das Grundwesen des Staates Macht ist, immer gewesen ist und bleiben wird, und daß er seine Zwecke und Aufgaben erforderlichenfalls mit Machtzwang durchsetzen muß, wenn er sich und alles von ihm zu Schützende nicht dem Untergang preisgeben will. So trägt der Staat ein Doppelgesicht: er ist wohlthätige Schutzmacht und ein „halbdämonisches Machtwesen“ zugleich. Der Christ weiß, daß die staatliche Ordnung um der Sünde willen notwendig ist, daher ihr Machtzwangcharakter, und daß sie zugleich wohlthätige Gabe Gottes ist. Der 5. Satz der Theologischen Sätze der Bekenntnissynode von Barmen 1934 faßt die evangelische Lehre deshalb so zusammen: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht gelösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an.“ Weil Gottes Anordnung, wird aber sogleich an Gottes Souveränität über allen, auch noch so souverän sich gebärdenden Staaten erinnert: „Sie (die Kirche) erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten.“

In dem Satz: daß „der Staat die Aufgabe hat, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“, ist die Eigengesetzlichkeit des Staates umschrieben. Ich nehme diesen Begriff auf, obwohl er gefährlich ist, halte ihn aber für schwer vermeidbar. Er darf jedoch nur verstanden werden im Sinne einer relativen Eigengesetzlichkeit, einer Eigengesetzlichkeit, die einerseits durch den Staatszweck, für Recht und Frieden zu sorgen, andererseits durch die Verantwortung vor Gott begrenzt ist. Ich möchte auf den Begriff der Eigengesetzlichkeit oder der Staatsraison nicht verzichten, um daran deutlich zu machen, daß der Staat nicht nach dem Gesetz der Liebe regiert werden oder regieren kann. Das Gesetz der Liebe, ich könnte auch sagen, das Gesetz der Bergpredigt, würde das Wesen des Staates,

das in der Machtausübung liegt, aufheben. Nur weil der Staat Macht hat, kann er seine Aufgabe, für Recht, Ordnung und Frieden zu sorgen, erfüllen. Ein machtloser Staat, falls es solches Gebilde geben könnte, würde das nicht mehr können. Hier liegt der Grund für das von Luther und den Reformatoren oft betonte paradoxe Verhältnis von Machtgewalt und Liebe. Um des Schutzes, um des Dienstes am Menschen, also um der Liebe willen ist Macht nötig. Ja, die Machtmittel des Staates müssen so gestärkt werden, daß ein gewaltsamer Widerstand gegen ihn von vornherein aussichtslos ist. In der Gewaltausübung nach innen ist dieser Zustand in den sogenannten zivilisierten Staaten weithin verwirklicht. Diese innere Sicherung von Frieden und Ordnung durch Polizeigewalt wird praktisch, von einigen schwärmerischen Außenseitern abgesehen, nicht als Problem empfunden.

Das eigentliche Problem, um das es sich heute handelt, ist die Gewalt nach außen, die Frage der Verteidigung. Die älteste Christenheit hat den Kriegsdienst des Christen verneint, jedoch diesen religiösen Pazifismus nicht durchgehalten, als die Barbarenstürme den Bestand des Römischen Reiches, in dessen Schutz die Christen lebten, bedrohten. Augustin, Zeitgenosse des Vandaleneinfalls, hat die Möglichkeit der Beteiligung der Christen am Krieg anerkannt und benutzte dafür die schon lange bekannte Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen, die für alle spätere christliche Ethik von grundlegender Bedeutung geworden ist und noch ist. Sie bedeutet, daß weder dem Christen die Beteiligung an jedweden Krieg unbesehen freigestellt, noch dem Staat jede beliebige Art kriegerischer Aktion erlaubt, noch im Kriege jede Kampfweise statthaft ist. Positiv stellt diese Lehre den Versuch einer Versittlichung des Krieges dar. Man sah das Recht zum Kriegführen in Analogie zur Polizeigewalt auf Grund der Bibelstelle Römer 13, daß die Obrigkeit, von Gott verordnet, das Schwert nicht umsonst trägt. Die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen und die Analogie zur Polizeigewalt, gelegentlich auch zum Chirurgen, der Blut vergießen muß, um zu heilen, hat Luther beibehalten. Die Augsburgische Konfession (Art. 16) stellt charakteristischerweise nebeneinander: daß Christen „Übeltäter mit dem Schwert strafen, rechte Kriege führen“ (jure bellare) dürfen. Diese Lehre ist aber noch mit der Einschränkung versehen, daß Christen schuldig sind, der Obrigkeit untertan und ihren Geboten und Gesetzen gehorsam zu sein in allem, was ohne Sünde geschehen mag. „Denn so der Oberkeit Gebot ohne Sünde nicht geschehen mag, soll man Gott mehr gehorsam sein denn den Menschen.“ Diese sehr vorsichtige, zurückhaltende Lehre vom Kriege zeigt, wie schwer das Problem zu allen Zeiten empfunden worden ist. In ihrer ausgebauten Form ist sie mit zahlreichen Bedingungen versehen, die ich hier nicht reproduzieren kann. Die Fragen liegen aber auf der Hand: Wer entscheidet darüber, und welcher Maßstab stellt fest, ob ein gerechter oder ungerechter Krieg vorliegt? Und ist es heute, nach den Erfahrungen der Weltkriege des 20. Jahrhunderts und im Blick auf einen zukünftigen Weltkrieg, noch möglich, den Krieg in Analogie zu einer Polizeiaktion zu rechtfertigen? Ist die Totalität des Krieges, die doch schon eine historische Tatsache ist, noch mit dieser Kategorie einzufangen?

Zwei Auswege aus diesem Fragenkreis bieten sich an: Der eine wäre die Freigabe des Kriegsrechts an die

neue Anstrengung fordern und vom Politiker als politische Fakten in Rechnung gestellt werden müssen. Die frühere, mehr theoretische Friedensbewegung übt heute einen ethisch-politischen Druck aus, dem sich niemand entziehen kann noch darf.

Es ist also wirklich nicht verwunderlich, wenn im Bereich der ethisch-religiösen Besinnung, in der christlichen Theologie und Kirche die Geister in Bewegung geraten sind und hart aufeinander schlagen. Man soll darüber nicht lamentieren. Thomas v. Aquino hat gesagt: „Es ist löblich, in Dingen des Glaubens zu streiten“, und er hat recht. Beschämend ist nicht der Streit an sich, sondern die leidenschaftliche Form, die er zuweilen annimmt, und die Gefahr des Abgleitens in die Tages- und Parteipolitik, die nun allerdings bei diesem Thema der politischen Ethik fast unvermeidlich ist. In diesem Streit geht es zentral um eine einzige Frage, die jedoch alle übrigen Fragen der politischen Ethik mit in ihren Strudel zieht. Diese Frage ist die Frage nach der Zulässigkeit der atomaren Waffen, wobei immer eingeschlossen zu denken ist die ganze Serie der modernen ABC-Waffen. Helmut Gollwitzer, einer der Hauptwortführer, stellt die Frage so: „Gibt es Mittel und Methoden, die einer Staatsführung durch Gottes Gebot verwehrt sind, oder darf eine Staatsführung schlechthin alles, was ihr im Interesse der Selbstbehauptung des Staatswesens als nützlich erscheint? Ist also alles recht, was dem Volke nützt? Heiligt der Zweck schlechthin alle Mittel? Die Atomwaffenfrage ist nur ein spezieller Fall dieser allgemeinen und immer akuten Frage: Ist es mit Gottes Gebot über dem Staat vereinbar, wenn Staaten einander drohen, sie würden mit neu erfundenen Mitteln ganze Städte und Landstriche des anderen Staates mit allen Menschen und Tieren, mit Greisen, Frauen und Säuglingen verbrennen und vergiften, mit pestilentialen Krankheiten verseuchen und die noch Ungeborenen des anderen Volkes zu Tausenden auf Generationen hinaus in Mißgeburten verwandeln? ... Ist die Durchführung solcher Drohungen wenigstens im Falle der Verteidigung und Vergeltung als Gehorsam gegen Gottes Gebot zu rechtfertigen? Ist der Satz: ‚Not kennt kein Gebot‘ ein christlicher Satz?“ Soweit Gollwitzers Frage. In dieser Fragestellung lebt die alte Lehre vom gerechten und ungerechten Krieg in der Weise fort, daß der Krieg dadurch zum ungerechten Krieg wird, daß er die modernen ABC-Waffen in sein Arsenal aufnimmt. Schon an dieser Stelle muß man sich klarmachen, daß diese Sätze in die heutige weltpolitische Lage hineingesprochen sind, die ihr Charakteristikum darin hat, daß zwei Mächtegruppen, die über die modernen Waffen verfügen, einander mißtrauisch und feindlich gegenüberstehen. Dabei vertritt die eine dieser Gruppen eine Lehre vom gerechten Krieg, die nicht zugespitzt ist auf die Frage der Kriegsmittel, sondern des Kriegsmotivs und Kriegszwecks. Das Unscheinbare ist hier verräterisch: In der Ostausgabe des orthographischen Wörterbuchs von Duden ist unter dem Stichwort „Pazifismus“ zu lesen: „Ablehnung jedes, auch des gerechten Krieges“. Der gerechte Krieg ist der sozialistische Krieg; der Pazifismus ist also verwerflich, wenn er in diesen Bereich eindringt. Dieser aktuell politische Hintergrund ist es, der die Diskussion der ethischen Frage über die Zulässigkeit der Atomwaffen mit dem Bleigewicht aktueller Verantwortung belastet.

III.

Die Atomwaffenfrage ist von den christlichen Kirchen, wenigstens in der nichtkommunistischen Welt mit großer Intensität aufgenommen worden. Mit Nachdruck ist zu unterstreichen, daß dabei eine weitgehende Übereinstimmung zutage tritt, und zwar in dem Sinne, daß die Kriegsführung mit Atomwaffen den Krieg zum ungerech-

ten macht, also verwerflich ist. Zahlreiche Erklärungen kirchlicher Organe liegen darüber vor. Einiges von dem, was ich für mich, meine Kirche und die Evangelische Kirche in Deutschland für verbindlich erachte, kann ich zu zitieren Ihnen nicht ersparen. Der Ökumenische Kirchenrat faßte in Evanston 1954 eine Entschlieung, in der es heißt: „Wir glauben, daß es zwei entscheidend wichtige Voraussetzungen gibt, die erfüllt werden müssen, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll: a) das Verbot aller der Massenvernichtung dienenden Waffen einschließlich der Atom- und Wasserstoffbomben, wobei für eine internationale Aufsicht und Kontrolle derartiger Vorsorge getroffen werden muß, wie sie die Sicherheit aller Nationen zu sichern vermöchte, zusammen mit der fühlbaren Beschränkung aller anderen Rüstungen; b) die sichere Gewißheit, daß kein Land aggressive oder umstürzlerische Aktionen in anderen Ländern unternehmen oder sie unterstützen wird.“ — Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates richtete im August 1957 einen Appell an die Atommächte, in dem es heißt: „Die Verurteilung solcher Methoden (Atomwaffen, bakteriologische Waffen und totale Zerbombung) stützt sich auf die Tatsachenerkenntnis, daß der totale Krieg — das heißt, der Krieg, in dem alle Methoden erlaubt sind — mit dem Gewissen der Menschheit einfach nicht zu vereinen ist. Wir glauben außerdem, daß die Anwendung derartiger Kriegsmethoden unausweichlich eine Erniedrigung der geistigen Würde des handelnden Volkes bedeutet.“ Mit diesem Appell wurde eine ausführliche Erklärung über die Anfänge einer Atomabrüstung begleitet, die in fünf miteinander verknüpften Schritten vor sich gehen müßte: 1. Einstellung der Kernwaffenexperimente durch internationale Absprachen, 2. Produktionsstop für Kernwaffen unter möglichst wirksamen Kontrollmaßnahmen, 3. Entwicklung von Maßnahmen zur stufenweisen Abrüstung der nationalen Streitkräfte in Atom- und konventionellen Waffen bei entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen, 4. Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in der Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke, ebenfalls unter angemessenen Sicherheitsvorkehrungen, 5. Errichtung eines wirksamen Systems für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten und die friedliche Anpassung an veränderte Verhältnisse. Angehängt an diese fünf Punkte ist noch eine dringliche Anrede an Regierungen, die Atomtests durchführen, diese wenigstens für eine Versuchsperiode aufzugeben, und zwar entweder zusammen oder einzeln in der Hoffnung, daß andere dasselbe tun, auf daß neues Vertrauen entstehe und so die Grundlage für zuverlässige Absprachen gelegt werde. — Dies Fünfpunkte-Programm zur Einleitung einer Abrüstung ist im Wortlaut übernommen worden von der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Einleitend sagt dazu die Bischofskonferenz: „Es ist Pflicht der Christenheit, mit allen ihr gegebenen Mitteln dafür einzutreten, daß ein Atomkrieg abgewendet wird. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Christenheit, an der Verhinderung von Kriegen und an der organisatorischen Sicherung des Weltfriedens mitzuarbeiten.“ Diese beiden Sätze der lutherischen Bischöfe sind in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Im ersten Satz wird mit Bedacht gesprochen von den der Christenheit gegebenen Mitteln; das sind die Mittel, die der Kirche anstehen und die nicht verwechselt werden möchten mit politischen Aktionen, also: das Wort, die Bitte, der Gewissensappell. Hier spricht die charakteristisch lutherische Zurückhaltung gegen die Vermischung von kirchlichen und politischen Methoden, durch welche die Gefahren der am Feuer der Tagespolitik sich erheizenden Leidenschaft und des Fanatismus heraufbeschworen werden. Der zweite Satz, der mit „darüber hinaus“ beginnt, schreitet über die traditionelle lutherische Ethik hinaus: Die Verhinderung von Kriegen und die organisatorische Sicherung des Weltfriedens war bis dahin dem Vokabular

des Pazifismus überlassen. Jetzt aber nehmen die lutherischen Bischöfe die These des praktischen, realpolitischen Pazifismus auf. — Schließlich zitiere ich noch die Erklärung der Gesamtdeutschen Synode in Berlin, April 1958, die — was oft übersehen wird — nicht nur die in der evangelischen Kirche bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen feststellt, sondern eine Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen. So heißt es: „In Übereinstimmung mit den Beschlüssen, die vom Ökumenischen Rat in New Haven im Sommer 1957 gefaßt wurden, verwirft die Synode den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg als unvereinbar mit dem Gewissen der Menschheit vor Gott. Sie bittet alle verantwortlichen Politiker, alles zu tun, was zu einer allgemeinen Abrüstung, nicht nur der Atomwaffen, sondern auch der sogenannten konventionellen Waffen führen kann. Sie bittet die Weltmächte, die Atombombenversuche einzustellen und nicht wieder aufzunehmen. Sie bittet in unserem gespaltenen Vaterland die beiden Regierungen, alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden.“

Aus diesen kirchlichen Stellungnahmen, die sich noch leicht vermehren lassen, ergibt sich ein großes Maß von Übereinstimmung. Wenn ein Politiker fragt, was heute die Meinung der evangelischen Kirche zur Frage der atomaren Bewaffnung ist, und wenn er gewillt ist, die Erklärungen autorisierter Organe als Ausdruck des christlichen Gemeinbewußtseins anzuerkennen, dann findet er hier eine nicht unklare Antwort.

IV.

Trotz dieser grundlegenden Übereinstimmung ist eine tiefe Gegensätzlichkeit, mindestens in der evangelischen Kirche, vorhanden. Die Berliner Synode stellt fest: „Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann.“ In dieser Feststellung findet zunächst die immer vorhandene menschliche Not ihren Ausdruck, daß zwei Größen zusammenstoßen: die absolute ethische Forderung einerseits und die Berücksichtigung der Situation andererseits. Diese immer vorhandene Not wird aber in der gegenwärtigen Weltlage verschärft und aktualisiert durch den Antagonismus der atombewaffneten Weltmächte, die im deutschen Raum aufeinanderstoßen und das deutsche Volk zerspalten. Das ethische Grundurteil ist, wie wir, weithin — zwar nicht ganz, wie noch zu zeigen sein wird, aber doch weithin — gemeinsam. In der Durchsetzung scheiden sich die Geister: hier die direkte Aktion, dort die Rücksichtnahme auf die Situation. Die direkte Aktion fordert — ich zitiere Gollwitzer — den „Atomstreik der Christen“. Ein Aufruf dieser Gruppe von Ende Mai fordert: „Wir Christen dürfen in dieser Sache weder mitmachen, noch uns auch nur neutral verhalten in der falschen Meinung, daß hier nur politischen und militärischen Fachleuten das Urteil zustehe. Dies bedeutet nach unserer Erkenntnis für die Christen in Deutschland, daß sie der atomaren Bewaffnung einer der bestehenden deutschen Armeen und der Errichtung von Raketenbasen auf deutschem Boden mit allem Nachdruck widersprechen und sich an solchen Unternehmungen nicht beteiligen sollten.“ Es folgt dann eine Bitte um ähnliches Verhalten an die Christen anderer Länder. Ich nenne diese Haltung „direkte Aktion“, weil sie die Christen zu einem direkten politischen Einsatz auffordert. Darin liegt der Unterschied zu den vorher zitierten Erklärungen der Ökumene, die sich an die

Staatsregierungen wenden, Ratschläge zu einer stufenweisen Abrüstung geben und immer den Gedanken der Sicherheit, der Kontrolle und der internationalen Absprache vertreten. Der Unterschied zu der Erklärung der lutherischen Bischofskonferenz liegt, wie schon gesagt wurde, darin, daß die Lutheraner nur mit den „der Christenheit gegebenen Mitteln“ wirken wollen, während der christliche Atomstreik über diese kirchlichen Mittel hinausgreift zu politischen Methoden. Dadurch droht die Kirche, die Christenheit, oder wie man sonst den Träger des christlichen Glaubens nennen will, zu einem unmittelbar politischen Instrument gemacht zu werden.

Die Direktaktion — es sei mir erlaubt, der Kürze halber diesen Namen beizubehalten — stützt sich auf theologische Einsichten verschiedener Art, von denen nur die wichtigste hier behandelt sei: die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art sei Sünde vor Gott. „Wir Christen laden vor Gott und unseren Mitmenschen schwerste Schuld auf uns, wenn wir jetzt schweigen. Gottes Wort gebietet uns, das vorbehaltlose Nein zu den dämonischen Werkzeugen der Vernichtung auszusprechen.“ Den Menschen, der Gottes Ebenbild sein solle und den Gott in Christus geliebt hat, zum Gegenstand von Massenvernichtungsmitteln zu machen, sei Sünde gegen den dreieinigen Gott, die schwerer wiege als jeder erdenkliche Zweck, mit dem man sie zu rechtfertigen versuche. Paktieren mit Atomwaffen sei ein Bund mit dem Nihilismus. Diese Erkenntnis setze eine letzte Entscheidung, die notwendig Intoleranz gegen andere bewirken müsse. In den zehn Thesen der „Kirchlichen Bruderschaften“, die Anfang März 1958 verbreitet wurden, wird diese Konsequenz unverhohlen gezogen: „Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.“ Diese Konsequenz macht hell-sichtig. In ihr wird eine ethische Verhaltensfrage zum Maßstab der Christlichkeit und der Unchristlichkeit schlechthin gemacht. Wer die Forderung der ethischen Aktivisten nicht erfüllt, ist Apostat und muß exkommuniziert werden.

Da stimmt etwas theologisch nicht: das ist die Verabsolutierung einer bestimmten Sünde, nämlich des Umgangs mit Massenvernichtungsmitteln. Wird diese eine Sünde zum Prüfstein gemacht, an dem die absolute Entscheidung über christlich oder unchristlich fällt, dann sind alle anderen Sünden, die vor der Atomsünde liegen, nur relative Sünden. Dann wird das Fünfte Gebot in Stufen aufgeteilt. Dann sind alle Sünden „läßliche Sünden“, nur die Atomsünde ist Todsünde. Dann darf sich jeder, der es mit allen übrigen Sünden in seinem Leben nicht genau nimmt, gerechtfertigt wissen, wenn er nur in den Atomstreik eintritt, vor jedem Christen, der sich entscheidet, um unaufgebbaren Werte willen die Atomrüstung, solange sie nun einmal noch vorhanden ist, als notwendiges Übel mit in Rechnung zu stellen. Wenn uns gesagt wird: „Wir Christen laden vor Gott und unseren Mitmenschen schwerste Schuld auf uns, wenn wir jetzt schweigen“ (schweigen im Sinne des Nichtmitmachens der Direktaktion!), so antworte ich: Das „Mea culpa, mea maxima culpa“ haben beichtende Christen schon vor 1000 Jahren gesprochen. Und jeder dachte dabei an seine persönliche ureigene Sündenschuld, längst ehe er Gelegenheit zur Atomsünde hatte. Und so ist das auch heute noch. Was meine schwerste Schuld ist, das weiß nur ich und Gott allein. Und das kann etwas ganz anderes sein als die Atomsünde, etwas mich ganz unmittelbar, augenblicklich und existentiell Verklagendes.

Soweit die theologische Kritik. Dazu tritt die vernunftmäßige Argumentation. Der Atomstreik wird gefordert als das jetzt von Gott gebotene Verhalten, das für die

Christen in Deutschland bedeutet: Widerspruch gegen atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte und gegen Errichtung von Raketenbasen auf deutschem Boden, für die übrigen Christen: Hinwirken auf einen Initiativverzicht auf Atombewaffnung seitens der auf christliche Moral ansprechbaren Regierungen. Das sind Dinge, über die sich reden läßt. Dinge, über die sich reden läßt, sind politische Dinge, die nach Für und Wider erwogen werden müssen. Ein absolutes Gottesgebot ist hier aber nicht gegeben. Deshalb sagt Gollwitzer, der Atomstreik ist ein Verhalten, das mit Ich anfängt: Ich streike. Aber dieses Ich soll doch auf die ganze evangelische Kirche ausgeweitet und zu einem Bekenntnisakt gemacht werden, der für alle ihre Glieder verpflichtend ist. Einer persönlichen Gewissensentscheidung dieser Art gebührt aller Respekt, und ich selbst wäre bereit, sie mitzuvollziehen, wenn ich wüßte, was dadurch bewirkt wird. Denn eine ethische Entscheidung soll doch auch die Folgen und die Durchführbarkeit nicht außer acht lassen. Die größte Frage ist hier nun die politische Frage: Dürfen wir hoffen, durch solche christliche Entscheidung auch den Ostblock in Richtung auf Verzicht und wirksame Abrüstung hin in Bewegung zu bringen? Oder riskieren wir, daß der Ostblock bleibt, wie er ist, und den christlichen Atomstreik nur als willkommene Chance zu Erpressungen benutzt, denen wir bei einseitig westlichem Verzicht wehrlos ausgesetzt wären? Selbst Hellmut Gollwitzer, Befürworter des Atomstreiks, der die Einmischung des politischen Kalküls in die christliche Gewissensfrage prinzipiell verwirft, vermeidet doch das politische Kalkül nicht; er erkennt an, „daß wir den gegenwärtigen Frieden dem gegenseitigen Abschreckungsgleichgewicht verdanken“. Dieses sei „heute, das providentielle Mittel der Friedenserhaltung und also allerdings sehr pfleglich zu behandeln“. Wenn das so ist, darf dann ein Christ dem andern den Vorwurf schwerster Schuld machen, wenn dieser sich erst noch überlegt, was er mit einem Atomstreik bewirkt?

Diese politische Frage ist sattsam erörtert, darum sei sie nicht weiter ausgesponnen. Der Atomstreik will vielleicht gar nicht ein geschlossenes und durchdachtes Aktionsprogramm sein, sondern nur den Druck der öffentlichen Meinung auf die verantwortlichen Politiker verstärken, damit sie den von ihnen oft genug bekundeten Abrüstungswillen endlich an einem Punkt zur Tat werden lassen; soweit ist der Atomstreik vielleicht eine nützliche Aktion. Wie er aber als organisierte Kollektivhaltung durchführbar ist, ist schwer vorzustellen. Denn die reale Lage ist doch die, daß jeder Staatsbürger Steuern zahlt und somit auch das gegenwärtige Wehrsystem, vor allem aber auch eine Atomforschung und Atomtechnik mitträgt, die — ich berufe mich auf den Physiker Professor Dr. v. Weizsäcker — zur Bereitung von Atomsprengstoff führt. Wir können aus der Totalität unseres Zeitalters nicht aussteigen. Schon der zweite Weltkrieg ließ in seiner Totalität nicht einen einzigen aus; selbst das neugeborene Kindlein trat mit der Geburt unter das Gesetz des Krieges, wenn es seine kriegsmäßig beschnittene Lebensmittellkarte erhielt. Erinnert sei weiter an die Differenzierung der Produktionsvorgänge in der modernen Industrie, die Unzählige an Endprodukten mitwirken läßt, deren Zweck nur ein paar Letzt eingeweihte kennen. Es ist ein dämonisches Gesetz heute, das Günther Anders ironisch so formuliert: „Schmutz geteilt durch tausend macht sauber“. Dies Gesetz kann man auch umkehren: Subjektive Sauberkeit mal tausend kann zuletzt doch Schmutz ergeben. Weiter ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß eine Kollektivpolitik des Verzichts, sei es für eine große Volkskirche, sei es für eine Nation, an der menschlichen Schwäche scheitern würde. Jeder einzelne müßte ein moralischer Übermensch sein, um in der Reihe zu bleiben. Es würde aber damit zu rechnen sein,

daß es auf der einen Seite Kapitulanten und Kooperanten, auf der anderen Seite Partisanen geben würde, die ihren Privatkrieg machen.

V.

Man kann über die Atomwaffenfrage nicht sprechen, ohne die Struktur unseres ganzen Zeitalters mit zu bedenken. Dafür reicht aber ein kurzer Vortrag nicht aus. Wir haben das Atomzeitalter noch nicht begriffen. Nur das ist jetzt ins Bewußtsein getreten, daß der Mensch ein Mittel in die Hand bekommen hat, mit dem er die Menschheit praktisch vernichten kann. Das ist die Situation, die nicht rückgängig gemacht werden kann. Professor v. Weizsäcker sagt von dem Material der Atombombe, dem Plutonium: „In Reaktoren entsteht Plutonium automatisch. Es ist gewissermaßen ein notwendiges Abfallprodukt der friedlichen Atomtechnik. Zwar kann man das Plutonium auch sehr nützlich im Frieden verwenden. Aber wegen dieser doppelten Verwendbarkeit ergibt sich bei der unvermeidlichen Weiterentwicklung der friedlichen Atomtechnik der Verzicht auf Bomben nicht von selbst, sondern nur als Folge eines stets von neuem durchzuhaltenden Entschlusses.“ Damit ist doch wohl gesagt: jeder friedlichen Zwecken dienende Reaktor kann zugleich Atomsprengstoff produzieren; je mehr Reaktoren, desto größeres Vernichtungspotential. Die Belastung menschlicher Verantwortung durch diese technisch-physikalische Grundgegebenheit des Atomzeitalters ist so analogieles wie das ganze Atomzeitalter selbst. Angesichts dieser Situation kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Theologie sich — zwar durchaus begreiflicherweise, genötigt durch die unglaublich schnell eingetretene Wandlung der Zeit — doch etwas zu rasch in Ethik und Politik hineingestürzt hat, ohne zunächst im Versuch der Erkenntnis und Deutung dieses Zeitalters zu verweilen.

Von der Theologie her wäre zu dem vielberufenen apokalyptischen Charakter unserer Zeit zu sagen, daß die Weltlage nicht als eine qualitative Veränderung zu beurteilen ist, sondern als apokalyptisch nur im engen Wortsinne. Apokalypse heißt „Enthüllung“. Es enthüllt sich das Wesen der Welt, wie es eigentlich ist und immer war. Was sich vollzieht, ist Entfaltung der Sünde, die Sünde ver-sklavt, und der Tod ist der Sünde Sold. Diese Enthüllung im Atomzeitalter ist freilich darum so eindrucksvoll, weil sie sich in einer Menschheit ereignet, die wie keine frühere im Wahn prometheischer Omnipotenz befangen ist. Wir erleben das Paradox, daß die mächtigsten Reiche dieser Welt, Rußland und Amerika, gelähmt und gefangen sind durch ihr eigenes Vernichtungspotential. Was sich so vollzieht, ist auch das Walten des Gesetzes Gottes. Die heillose Zwangsläufigkeit der Technokratie, die Ausweglosigkeit am Beginn des Atomzeitalters ist Offenbarung des Zorngesetzes Gottes. Der nachchristliche Mensch hat sich die Freiheit usurpiert, die nur als Gnadengeschenk des Himmels, in Christus, empfangen werden kann; die usurpierte Freiheit aber verfängt sich in selbstgewirkten Schlingen. Dennoch vollzieht sich trotz alledem auch heute die gnädige göttliche Erhaltung. Die Sünde zieht nicht unmittelbar Maß für Maß das Todesgericht nach sich. Gott läßt den Sünder am Leben, obwohl er das Leben verwirkt hat. Er erhält das Leben auf die Erlösung, auf die Möglichkeit des Glaubens, auf das Heil in Christus hin. Daraus folgt: das natürlich-biologische Leben ist kein absoluter Selbstwert, und Erhaltung des irdischen Lebens kann nicht letzte Norm für ethische Entscheidungen sein. Kein Ausspruch Jesu ist so gut überliefert wie das Wort: „Wer sein Leben sucht, der wird es verlieren.“ Und tief christlich ist das Dichterwort: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Ubel größtes aber ist die Schuld.“

Hier muß nun endlich gesprochen werden von dem eigentlichen Wort der Kirche. Bei der ganzen Atomdebatte wird, wenigstens in der Öffentlichkeit, die einfache Tatsache vergessen, daß die Kirche nicht eine moralische Anstalt ist, sondern eine religiöse, deren erster und letzter Auftrag die Predigt des Evangeliums ist, das Wort von der Freiheit aus den unvermeidlichen knechtischen Bindungen des Lebens in dieser Welt, das Wort von Christus und der Rechtfertigung des Sünders aus Gottes Gnade. Christus ist uns deshalb gemacht zur Weisheit und zur Gerechtigkeit, zur Heiligung und zur Erlösung, weil es in dieser Welt der Sünde und des Todes keinen absolut gerechtfertigten sündenfreien Weg gibt. Sünde riskiert, wer den Atomwaffen eine positive Bedeutung für die Erhaltung des Friedens beimißt. Sünde riskiert, wer die Atomwaffen fortwirft und damit freien Lauf dem Erpresser läßt, der sie nicht wegwirft. Sünde riskiert der Wissenschaftler, der gefährliche Kräfte entdeckt und uns dann tröstet: sie könnten ja doch auch friedliche Verwendung finden. „Es ist doch unser Tun umsonst auch in dem besten Leben.“

Das Atomzeitalter ist trotz aller Wissenschaft und Aufklärung auch ein religiöses Zeitalter. Seine Religion ist eine Ausprägung der allmenschlichen Religion überhaupt, und Religion überhaupt ist (nach Regin Prenter) „der Kampf des Menschen gegen seine Sterblichkeit“. Darum ist alle Religion „Religion der Werke“, nämlich der Versuche, vom Tode loszukommen. Die christliche Religion aber, genauer gesagt: der Glaube an Gott in Christus, verneint den Rechtfertigungsversuch durch Werke. Sie verkündet die Rechtfertigung, d. h. den Freispruch vom Todesurteil, durch Gottes Gnade in Christus. Zur Religion der Werke gehört auch der Kultus der Technik. Durch Technik, Atomtechnik, einschließlich der Bomben, sucht der Mensch Leben, Freiheit, Sicherheit, wenn nicht für das individuelle Leben, so doch für die überindividuellen Werte, in denen er den Sinn des Lebens findet. Professor v. Weizsäcker hat die Religion der Technik in einigen Zügen geschildert: Ein Glaube, ein Vertrauen, das unbedingte und unreflektierte Vertrauen darauf, daß die Technik funktioniert. Nun ist die moderne Atomtechnik im Unterschied zu der aus Handwerk und praktischem Experiment erwachsenen älteren Technik ganz und gar Kind einer Wissenschaft, die dem Durchschnittsverständnis unzugänglich ist. Der „Wissenschaftler“ tritt also an die Stelle des Priesters, er verwaltet die Geheimnisse der „Wissenschaft“, ihre Prophetie, ihre Wunder — ja wirkliche Wunder, wohltätige Wunder ebenso wie satanische Zerstörungswunder. So Weizsäcker. — Wenn nun die Kirche die Rechtfertigung, den Freispruch vom Todesurteil, nicht durch Werke, sondern durch die Gnade in Christus verkündigt, greift sie polemisch diesen Kultus der Technik an; das ist die eine Funktion des

Evangeliums heute. Die andere, eigentliche Funktion ist der Trost der beunruhigten Gewissen durch die Sündenvergebung. Weil jede ethische Entscheidung, sei es für, sei es gegen die Atomrüstung, Sünde riskiert, können wir nur mit getröstetem Gewissen handeln, wenn wir glauben dürfen, daß Gott recht richtet, daß er aber im Evangelium schon seine Gnade zuspricht dem, der sich um Christi willen seiner Barmherzigkeit ausliefert.

So gilt es denn, „nach bestem Wissen und Gewissen“ sich zu entscheiden in der Freiheit des Christenmenschen, der allein und zuletzt auf Gott traut. Das ist der Trost des Evangeliums. Aber dieser Trost wäre eine „billige Gnade“, könnte schändlich mißbraucht werden, wenn der Glaube in der Lebensbewahrung nicht auf objektive Normen, auf Gottes offenbaren Willen, verpflichtet wäre. Da sagt Gottes Wort klar: „Die Liebe ist des Gesetzes Erfüllung“, und „Selig sind die Friedensmacher, denn sie werden Gottes Kinder heißen“. Damit ist die Grundrichtung angegeben. Aus dem Frieden, „der höher ist denn alle Vernunft“, muß folgen die Bemühung um Frieden im irdischen Bereich, den die menschliche Vernunft gestaltet. Dieser Friede ist aber in diesem Äon niemals der eschatologische Friede des Gottesreichs, sondern eine politische Lebensform. Wie dieser Friede zu sichern ist, dafür kann die Kirche vielleicht Ratschläge geben, nicht aber absolute Gebote erlassen. Die Wege zum Frieden zu finden, ist Sache der Staatspolitik. Darum denkt die evangelische Kirche hoch von der Verantwortung des Staatmannes, der nach Glaube und Lehre der Bibel in einer eigenen direkten Verantwortung vor Gott steht. Darum betet die Christenheit für die Obrigkeit.

Die Atomwaffen bilden eine Grenze, an der die Menschheit vor sich selbst erschrecken und auf eine Umkehr sinnen muß. Aber damit, daß irgendeine Gruppe, und sei es auch die Kirche, zu den Atomwaffen nein sagt, sind diese nicht aus der Welt geschafft. Selbst wenn sie abgeschafft würden, bliebe doch die Lage bestehen, daß die Menschheit im Atomzeitalter weiter wissen wird, wie man Atomwaffen macht. So bleibt eine Fülle von Fragen offen. Dem Politiker ist damit eine der gewaltigsten Aufgaben der Geschichte gestellt: Politik zu treiben diesseits der Grenze, an der die Atomwaffen locken und drohen. Das kann nur eine neue Politik sein, die den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten versucht. Wer ist der Politiker? Wir alle sind das, sofern wir Staatsbürger sind. Wir alle müssen die Verantwortung mittragen und den exponierten Politiker in seinem besonderen Amt fühlen lassen, daß er von der gemeinsamen Überzeugung vieler getragen wird. Seine letzten Entscheidungen aber kann ihm keiner abnehmen, sie muß er in der Einsamkeit des Gewissens vor Gott treffen. Dann soll er aber wenigstens gewiß sein, daß die Gebete der Gläubigen ihn umschweben. Und das Gebet vermag viel, wenn es ernstlich ist.

UNSER WEG NACH EUROPA

Referat auf der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Bundesminister der Finanzen Franz Etzel

Wenn heute auf der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU neben den Themen „Wiedervereinigung“ und „Verteidigung“ das Thema „Europa“ behandelt wird, und wenn ich als ein Mann, der fünfeinhalb Jahre lang an der praktischen Gestaltung dieser Idee arbeiten durfte, als Redner zu diesem Thema gebeten wurde, dann erscheint mir solche Themenwahl besonders bedeutsam. In einer Zeit, die m. E. sehr zu Unrecht fast ausschließlich die aus den bolschewistischen

Weltmachtsansprüchen entstehenden Probleme sieht — Probleme, deren Bedeutung ich nicht verkleinern will und deren Bedeutung ja die übrige Themenwahl dieser Tagung anerkennt —, in solcher Zeit wäre es geradezu ein Versäumnis, die großen Friedensanstrengungen zu vernachlässigen, welche die freien Völker seit Beendigung des zweiten Weltkrieges gemacht haben, um die traditionellen Gegensätze der freien Welt zu beseitigen und hier neue Formen für die Bewahrung des Friedens

und die Erhaltung der Freiheit zu schaffen. Ich bin daher dem Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises in der CDU/CSU, an seiner Spitze meinem Freunde Gerhard Schröder, besonders dankbar für diese Themenwahl, die um so berechtigter erscheint, als ja gerade es die CDU/CSU war, die seit Anbeginn ihrer außenpolitischen Tätigkeit das große Werk der Einigung Europas, insbesondere der Beseitigung des deutsch-französischen Gegensatzes, politisch verantwortlich vorwärtsgetrieben hat.

Es war Konrad Adenauer, der tragende Steine am Bau Europas gesetzt hat. Hier ist Dauerhaftes, Historisches geleistet worden. Das Merkwürdige ist dabei, daß es von der lebenden Generation viel zu wenig bemerkt und zu großen Teilen schon wieder vergessen worden ist. Das, was hier geleistet wurde, bedeutet eine „Änderung der Welt von Grund auf“, bedeutet eine „neue Ära“. Der Osten hätte uns diese Tatsache sicherlich mit seiner gewaltigen Propaganda-Maschine immer wieder eingepaukt und die Massen wären mobilisiert worden, — wir dagegen reagieren bestenfalls leise, meistens müde.

Die große Frage, die hier gestellt wird, ist die Frage nach der Existenz eines freien Europa, nach der Erhaltung seiner Geschichte, seiner geistigen und materiellen Güter. Diese sind aber bedroht durch die im Osten aufziehende Welt. Europa wird in seiner alten Substanz, sicherlich mit vielen neuen Formen, nur gerettet werden können, wenn es mit großen schöpferischen Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen, einen organisierten Beitrag für die Zivilisation leistet, der unerläßlich ist für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.

Als der große, von Stresemann und Briand zwischen den Weltkriegen gemachte Versuch scheiterte, kam Europa nicht zustande. Dafür hatten wir aber bald einen schrecklichen Krieg, der uns an den Rand des Abgrundes

geführt hat. Die Aufgabe, die wir bewältigen müssen, ist die Einigung Europas. Am Ende aller Überlegungen steht daher die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. „Europa“ läßt sich aber nicht mit einem Schlage, durch einfache Zusammenfassung herstellen. Es wird nur durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine „Solidarität der Tat“ schaffen, wie Robert Schuman am 9. Mai 1950 erklärte. Solche konkreten Tatsachen müssen Schritt für Schritt gestaltet werden.

Die ersten Schritte müssen der Gestaltung einer wirtschaftlichen Einheit dienen. In unserer deutschen Geschichte haben wir das Beispiel des deutschen Zollvereins vom 1. Januar 1834, der die wirtschaftliche Einigung Deutschlands vollzog als Voraussetzung für die nachfolgende politische Einigung. Die im Augenblick in Europa bestehenden tatsächlichen Zusammenschlüsse sind der Weg zu dem politisch noch zu einigenden Europa.

Wenn wir uns fragen, in welchen tatsächlichen Zusammenschlüssen der Europagedanke bereits manifestiert hat, so sehen wir uns zahlreichen Organisationen und Gemeinschaften gegenüber, die das große Wort „europäisch“ in ihrem Namen führen. Diese Fülle von Organisationen und Unterorganisationen, die Verschiedenartigkeit ihrer Funktionen und Befugnisse sowie die unterschiedliche Zusammensetzung des Teilnehmerkreises mögen zunächst für den Außenstehenden verwirrend und befremdend erscheinen und zu der Frage Anlaß geben, ob all diesen Bemühungen wirklich eine einheitliche europäische Konzeption zugrunde liegt. Ich möchte daher heute versuchen, auf solche und ähnliche aus echter Besorgnis kommenden Fragen und Bedenken etwas näher einzugehen. Dabei möchte ich Ihnen zuerst das tatsächlich Geschaffene vor Augen führen, um dann, unter Besinnung auf die geistigen Hintergründe unseres Europagedankens, gemeinsam mit Ihnen den Ablauf unseres Weges nach Europa bis zur heutigen Stunde zu rückzuverfolgen, und soweit wie möglich seine Perspektiven anzudeuten.

Bestehende Organisationen und Gemeinschaften

1. Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC)

Besinnen wir uns auf die ersten Nachkriegsjahre: Europa vermochte sich damals aus eigener Kraft nicht von den Folgen des Krieges zu erholen und war wirtschaftlich vor allem von den Vereinigten Staaten abhängig. Jedes Land versuchte allein seiner Schwierigkeiten Herr zu werden, indem es seine Kontingentierungswirtschaft möglichst strikt durchführte und sich nur begrenzt im Rahmen eines Netzes von bilateralen Verträgen zum Austausch mit den anderen bereit fand. Als dann 1947 die europäischen Dollarreserven zu Ende gingen, erfolgte von amerikanischer Seite das großzügige Angebot des Marshallplans, durch den für vier Jahre die notwendigen Einfuhren gesichert werden konnten. Die Hilfe war an die Bedingung geknüpft, daß die europäischen Länder ihrerseits die Mittel nach einem gemeinsamen Plan verteilen und durch gemeinsame Anstrengungen die Lebensfähigkeit Europas wieder erreichen sollten.

Die weitgehenden amerikanischen Hoffnungen und Wünsche, die auf die Schaffung eines einzigen Marktes in Europa gerichtet waren, ließen sich jedoch nicht verwirklichen. Die europäischen Länder hatten sich damals innerlich noch nicht von den national-staatlichen Ideen gelöst und konnten, besonders unter dem Druck akuter wirtschaftlicher Mangellagen, eine solche umfassende Wandlung auch kaum vollziehen. Die 17 Länder, die am 16. April 1948 die Konvention zur Gründung der OEEC unterzeichneten, verpflichteten sich aber im Bewußtsein ihrer gegenseitigen Abhängigkeit — zur Förderung und Ausdehnung der Produktion, zur Beseitigung von Han-

delshemmnissen und zur Anstrengung finanzieller Stabilität und Vollbeschäftigung.

Die mit dieser Konvention geschaffene erste Organisation zur europäischen Zusammenarbeit wurde im Laufe der Jahre zu einem so wichtigen Glied europäischer wirtschaftlicher Koordination, daß sie auch nach Auslaufen der Marshallplanhilfe bestehen blieb. Ihrer Verpflichtung zur Beseitigung der Handelshemmnisse kamen die 17 Länder nach, indem sie 1950 mit dem „Liberalisierungs-Code“ die Grundlage zur Befreiung des Handels von den Fesseln des Bilateralismus legten. Sie verpflichteten sich, einen bestimmten Prozentsatz ihres privaten innereuropäischen Handels von allen mengenmäßigen Beschränkungen frei zu machen. Dieser gegenseitig im OEEC-Raum angewandte Liberalisierungssatz erreichte im Durchschnitt 1957 bereits fast 90 %, bis er durch die französischen Entliberalisierungsmaßnahmen, auf Grund der Ausweichklausel bei Zahlungsbilanzstörungen wieder auf 83 % herabgedrückt wurde. Der Liberalisierungssatz der Bundesrepublik beträgt z. Z. 93 %.

Der Liberalisierungs-Code wurde auf die „unsichtbaren Transaktionen“ oder Dienstleistungen ausgedehnt, ein für den europäischen Handel sehr wichtiges Gebiet. Der Liberalisierungs-Code gilt zwar nur für den Handel innerhalb Europas. Die OEEC hat ihren Mitgliedern jedoch empfohlen, die Liberalisierungspolitik soweit wie möglich auch auf den Dollarraum auszudehnen. Heute (Januar 1958) sind immerhin 64 % der Dollareinfuhren im Durchschnitt der Länder liberalisiert worden, während einige Länder — z. B. die Bundesrepublik mit 94 % — hier einen noch höheren Satz erreicht haben. Dies dürfte

ein nicht zu übersehendes Anzeichen dafür sein, daß die Länder des freien Europa in ihrem Bestreben um engere wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht darauf abzielen, sich von der Welt abzuschließen, sondern vielmehr gewillt sind, sich durch eine Hebung der eigenen Wirtschaftskraft für eine Befreiung und damit Ausdehnung des Welthandels einzusetzen.

2. Europäische Zahlungsunion (EZU)

Um die Liberalisierungsbestrebungen innerhalb Europas in die Tat umsetzen zu können, mußte eine unumgängliche Voraussetzung geschaffen werden, nämlich eine Multilateralisierung des europäischen Zahlungsverkehrs, der in den Geburtsjahren der OEEC hoffnungslos im Sumpf des Bilateralismus festgefahren war. Es wurde daher 1950, gleichzeitig mit der Ausarbeitung des Liberalisierungs-Code, die Europäische Zahlungsunion (EZU) gegründet, die nicht nur die 17 OEEC-Länder, sondern auch den gesamten Sterling-Raum mit einschließt. Durch das Clearing der EZU, das heute fast 60 % des laufenden Weltzahlungsverkehrs erfaßt, wurde eine große Vereinfachung im Verrechnungsverkehr ermöglicht. Wichtiger aber war noch, daß dadurch ein weltumspannender Währungsraum aufgebaut wurde, innerhalb dessen die Währungen der beteiligten Länder faktisch frei transferiert und mit der Zeit, durch den Aufbau intervalutarischer Devisenmärkte, auch frei gehandelt werden konnten.

Die Selbstheilungs- bzw. Ausgleichskräfte, mit denen man gerechnet hatte, zeigten sich jedoch nicht. Vielmehr bildeten sich extreme Schuldner- und Gläubigerpositionen heraus, die die EZU zu sprengen drohten. Auch nach Konsolidierung eines Teils der Salden durch bilaterale Schuldenabkommen und nach der Reduzierung des Kreditanteils auf 25 %, bei entsprechender Erhöhung der Goldzahlungen auf 75 %, zeigte sich dieselbe Entwicklung zu extremen Positionen. Wie wir heute wissen, sind einem solchen Zahlungssystem Grenzen gesetzt, weil die Liberalisierung des Handels und die Schaffung eines multilateralen Zahlungssystems für sich allein einfach nicht ausreichen, um die unbedingt erforderliche Koordinierung der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik aller Staaten zu gewährleisten. OEEC und EZU haben ihre Grenzen selbst erkannt und wiederholt Wege zu neuen Lösungen aufgezeigt.

Schwierigkeiten der Koordinierung

Voraussetzung einer solchen Entwicklung wäre die Bereitschaft aller Mitgliedsländer gewesen, die finanzielle Stabilität zu wahren, also inflationäre Prozesse im Innern zu vermeiden. Zum Bemühen um eine solche Stabilität hatten sich die Länder in der OEEC-Konvention verpflichtet. Durch laufende vierteljährliche Prüfungen bei der EZU und jährliche bei der OEEC ist auch versucht worden, bei allen beteiligten Ländern einen gewissen Einfluß auf ihr wirtschaftspolitisches Gebaren im Inland auszuüben. Solche verbindlichen Empfehlungen der OEEC und Beratungen mit der EZU mögen ein extrem systemwidriges Verhalten der Mitgliedsländer verhindert haben. Sie haben darüber hinaus zweifellos zum gegenseitigen Erkennen und Verstehen der nationalwirtschaftlichen Probleme und Nöte wesentlich beigetragen. Aber die Koordinierung der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik unter den 17 europäischen Staaten ist leider nicht erzielt worden.

Diese Feststellung bedeutet keine Abwertung der Leistungen der OEEC, die in den 10 Jahren ihrer Tätigkeit von ihren drei Hauptzielen:

- der Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs,
- der Multilateralisierung des Zahlungsverkehrs und
- der Wahrung einer gewissen finanziellen Stabilität,

so viel verwirklicht hat, als es in dem ihr gesetzten Rahmen nur irgendsmöglich war. Einer einfachen Zusammenarbeit von Nationalstaaten, die völlige Souveränität auf allen wirtschaftlichen Gebieten behalten, die nur einstimmig beschließen können und denen die gemeinsame Organisation nur mit Empfehlungen gegenüberzutreten kann, sind überall Grenzen gesetzt.

3. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

Nicht zuletzt aus diesen Erfahrungen gewannen die sechs Länder: Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien und die Bundesrepublik die Erkenntnis, daß eine wirklich enge ökonomische Verflechtung nur durch die Schaffung eines unter einer gewissen gemeinsamen Souveränität stehenden großen einheitlichen Gemeinsamen Marktes zu verwirklichen ist und fanden sich daher bereit, einen Teil ihrer Souveränität an eine europäische Gemeinschaft zu übertragen.

Auf einem Teilgebiet, dem wirtschaftlich gut abgrenzbaren Sektor der Grundstoffindustrien Kohle und Stahl, wurde so 1952 die erste Gemeinschaft mit gemeinsamen Hoheitsfunktionen in Europa errichtet. Viele Aufgaben hat die Hohe Behörde in den vergangenen Jahren erfüllt, viele Probleme konnten gelöst werden, aber viele mußten auch auf Grund der auf einen Teilsektor begrenzt bleibenden Zuständigkeiten zwangsläufig ungeklärt bleiben.

Betrachten wir kurz die Entwicklung:

Die Hohe Behörde hat nach der vorgesehenen Anlaufzeit den Gemeinsamen Markt fristgemäß errichtet, und zwar,

- am 10. Februar 1953 für Kohle, Eisenerz und Schrott,
- am 1. Mai 1953 für Stahl und
- am 1. August 1954 für Edelstahl.

In den fünf Jahren der Übergangszeit bis zum Februar 1958 wurden die einzelnen Merkmale des Gemeinsamen Marktes, wie sie im Art. 4 des EGKS-Vertrages aufgeführt sind, schrittweise verwirklicht. Mit dem Ablauf der Übergangszeit fielen auch die letzten Sonderschutzbestimmungen. Jeder Gemeinsame Markt hat die gleichen Voraussetzungen zu erfüllen, wie sie im vorliegenden Falle für Kohle und Stahl geschaffen wurden:

Keine mengenmäßigen Beschränkungen

Es wurden daher über die OEEC-Liberalisierung hinaus alle Restriktionen des Warenverkehrs und des entsprechenden Zahlungsverkehrs beseitigt.

Keine Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung

Alle Zollmauern wurden abgebaut. Auch der für die Übergangszeit bewilligte Sonderzollschutz für die italienische Eisen- und Stahlindustrie, der ihr die Anpassung erleichtern sollte, sowie der Zoll für bestimmte italienische Kohleimporte ist heute, nach schrittweisem Abbau, gefallen.

Keine diskriminierenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Preis- und Lieferbedingungen, der Beförderungstarife u. a. m.

Auf dem Gemeinsamen Markt zahlen alle ohne Rücksicht auf die Nationalität für die gleiche Ware oder Dienstleistung den gleichen Preis. Größte Bedeutung hatte dies für den Verkehrssektor. Hier wurden nicht nur gleich die augenfälligsten Unterschiede beseitigt, sondern nach und nach durch die Einführung direkter internationaler Tarife auch die Frachtenbrüche an der Grenze. Die Unterstützungstarife wurden schrittweise aufgehoben und die Har-

monisierung der Fracht- und Beförderungsbedingungen in Angriff genommen.

Keine staatlichen Subventionen

Auch staatliche Subventionen, gleich ob sie an Verbraucher oder Produzenten gewährt werden, wirken wettbewerbsverfälschend und sind daher mit dem Gemeinsamen Markt nicht vereinbar.

Einschränkende Praktiken, die auf eine Aufteilung oder Ausbeutung des Marktes hinielen, sind verboten

Es konnte nicht zugelassen werden, daß die Vorteile des größeren Marktes, die den Verbrauchern zugute kommen sollten, durch Absprachen der Produzenten zunichte gemacht wurden. Die Hohe Behörde mußte sich jedoch auf diesem Gebiet aus politischen und wirtschaftlichen Gründen besonders vorsichtig bewegen und alle plötzlichen Eingriffe vermeiden. Bestehende Kartelle wurden einer eingehenden Prüfung unterzogen; neue Zusammenschlüsse von Unternehmen unterliegen der vorherigen Genehmigung durch die Hohe Behörde. Ein Schwerpunkt der Arbeit lag in der Neugestaltung der gemeinsamen Einkaufs- und Verkaufsorganisation von Kohle.

Lassen sie mich nur noch mit einigen wenigen Zahlen die bisher erzielten Ergebnisse illustrieren:

Produktion (in Millionen Tonnen)	1952	1957	Zunahme
Steinkohle	238,9	274,9	+ 3,8 %
Koks	62,4	77,2	+ 23,7 %
Eisenerz	65,3	87,4	+ 33,8 %
Roheisen	34,7	45,0	+ 30,0 %
Stahl	41,8	59,8	+ 42,6 %

Innerhalb des Gemeinsamen Marktes hat der Austausch zwischen den Mitgliedsländern und damit die wirtschaftliche Integration ständig zugenommen:

Austausch (in Millionen Tonnen)	1952	1957	Zunahme
Steinkohle	16,3	19,7	+ 21,0 %
Koks	8,1	9,3	+ 14,8 %
Eisenerz	9,4	11,8	+ 25,5 %
Schrott	0,4	1,1	+ 175,0 %
Eisen- und Stahlerzeugnisse	2,1	5,4	+ 157,0 %

Aber nicht nur untereinander, sondern auch mit der übrigen Welt haben die Mitgliedsländer den Handel intensivieren können:

Einfuhr (in Millionen Tonnen)	1952	1957	Zunahme
Steinkohle	22,3	44,0	+ 97,3 %
Eisenerz	13,5	24,5	+ 81,4 %
Eisen- und Stahlerzeugnisse	0,8	1,6	+ 100,0 %

Ausfuhr (in Millionen Tonnen)	1952	1957	Zunahme
Steinkohle	4,4	5,0	+ 13,6 %
Koks	5,2	4,2	— 19,0 %
Eisenerz	0,6	1,0	+ 66,6 %
Eisen- und Stahlerzeugnisse	6,6	9,6	+ 45,4 %

Wie wir erkennen können, hat die EGKS unbestreitbare Erfolge erzielt.

Mit vielen noch ungelösten Problemen ist die Hohe Behörde nunmehr aus der Phase des Aufbaus des Gemeinsamen Marktes in das endgültige Stadium eingetreten, das von ihr die Festlegung und Verfolgung einer möglichst weitsichtigen Politik verlangt. Sie wird sich außerdem in den Rahmen der inzwischen neu errichteten Europäischen Gemeinschaften einpassen und einige Problemkreise der weitergespannten EWG überlassen müssen. Dies gilt zum Beispiel für die Sozialpolitik.

Zusammenfassend können wir sagen, daß die Montanunion uns in den Jahren ihres Bestehens zu zwei wichtigen Erkenntnissen verholfen hat:

Sie hat einerseits gezeigt, daß eine Teilintegration auf die Dauer nicht allein bestehen kann, daß die Organe der Gemeinschaft ständig an die Grenzen ihrer Zuständigkeit stoßen und daher vieles unbearbeitet lassen müssen.

Auf der anderen Seite wurden die Vorteile einer wahrhaft supranationalen Gemeinschaft deutlich, die in eigener Verantwortung wirklich europäisch zu handeln vermag.

4. Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)

Auf dem Wege der weiteren Integration der sechs Länder sind mit dem Abschluß der Römischen Verträge gleichzeitig zwei parallellaufende Schritte getan worden. Man hat einmal die Grundlage für einen Gemeinsamen Markt der gesamten Volkswirtschaften gelegt und zum anderen eine weitere Teilintegration vorgenommen. Eine eigene Gemeinschaft für den Kernenergiesektor wurde gewählt, weil dieser, weitgehend auf Neuland aufbauend, einer stürmischen Entwicklung entgegensieht und in seiner besonderen Dynamik eine Sonderregelung verlangte, die sowohl den allgemeinen Ideen des Gemeinsamen Marktes als auch der Eigengesetzlichkeit der Atomwirtschaft Rechnung zu tragen vermag. Der ökonomische Hintergrund für eine solche im europäischen Rahmen organisierte Förderung der Entwicklung auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie ist durch die Europa drohende Energielücke gegeben, die mit den Mitteln klassischer Energie nicht behoben werden kann. Die großen Kapitalanforderungen, die durch die Erforschung der Grundlagen, die Entwicklung der Apparate und den Aufbau einer Industrie auf dem Atomsektor gestellt werden, übersteigen die Kraft der meisten einzelnen europäischen Länder und drängen geradezu auf eine enge Zusammenarbeit.

Die Euratom-Gemeinschaft will und kann sich nicht von der übrigen Welt abkapseln. Sie strebt im Gegenteil einen fruchtbaren Erfahrungs- und Forschungsaustausch mit allen friedlichen Ländern an. Daß dies auch so von draußen gesehen wird, beweisen die Angebote einer Zusammenarbeit, welche die Regierungen der Vereinigten Staaten und neuerdings auch Englands an die Atomgemeinschaft gerichtet haben.

5. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Mit der Gründung der EWG ist der schwerwiegende Versuch unternommen worden, sechs Volkswirtschaften auf fast allen Wirtschaftsgebieten zusammenzufassen und zu integrieren. Das Ziel einer solchen Integration soll die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes sein, der alle Charakteristiken eines nationalen Binnenmarktes aufweist.

Das Kernstück des Vertrages bildet die Zollunion zwischen den sechs Partnern mit dem Abbau aller Binnenzölle und mengenmäßigen Beschränkungen, der Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern.

Da eine reibungslose Anpassung der sechs Volkswirtschaften nur schrittweise vollzogen werden kann, ist eine Übergangszeit in drei Etappen von insgesamt 12 bis 15 Jahren dafür vorgesehen. Auch im EWG-Vertrag finden wir Bestimmungen, die freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr mit freiem Niederlassungsrecht anstreben und später garantieren sollen. Als Ziel ist festgesetzt, daß bis zum Ende der Übergangszeit die beteiligten Länder, je nach Vermögen mehr oder weniger schnell, alle Hindernisse abgebaut haben sollen.

Neben diesen Strukturelementen des Gemeinsamen Marktes galt es, Spielregeln aufzustellen für marktgerechtes Verhalten und marktgerechte Politik der Europäischen Behörden, der Mitgliedsregierungen und der Marktteilnehmer. Hier sind besonders die Wettbewerbsregeln, die sich gegen schädigende Unternehmensvereinigungen, Dumping und gewisse staatliche Beihilfen wenden, von grundlegender Bedeutung. Die steuerlichen Vorschriften richten sich gegen eine Umgehung des Zollabbaus durch Maßnahmen der steuerlichen Belastung oder Rückvergütung im grenzüberschreitenden Warenverkehr. Eine unmittelbare Harmonisierung der Steuersysteme ist nicht vorgesehen. Sie ist für die Errichtung eines Binnenmarktes keine notwendige Voraussetzung, da eine ungleiche steuerliche Belastung der Unternehmen nur zu soziologisch bedingten Standortkostenunterschieden führt, die selbst in einer politischen Union noch erhalten bleiben könnten. Von den Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden diejenigen zu harmonisieren sein, die sich unmittelbar auf den Gemeinsamen Markt auswirken.

Für das Gebiet der Wirtschaftspolitik ist in Art. 104 des Vertrages der Grundsatz aufgestellt worden, daß jeder Mitgliedsstaat die Wirtschaftspolitik betreibt, die erforderlich ist, um unter Wahrung eines hohen Beschäftigungsstandes und eines stabilen Preisniveaus das Gleichgewicht seiner Gesamtzahlungsbilanz zu sichern und das Vertrauen in seine Währung aufrechtzuerhalten. Die Konjunkturpolitik und die Politik auf dem Gebiet der Wechselkurse werden zu Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse erklärt. Der Vertrag begnügt sich hier also mit allgemeinen Grundsätzen. Die Wirtschaftspolitik im weiten Sinne bleibt eine rein nationale Aufgabe und wird nur gemeinsam abgestimmt. Bei wirtschaftlichen Störungen eines Landes, besonders bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten, wird versucht werden, diesen Schwierigkeiten gemeinsam zu begegnen.

Bei Abschluß des EWG-Vertrages war es politisch nicht möglich, auch das Währungsproblem zwischen den sechs Mitgliedsstaaten zu lösen und entsprechende Bestimmungen in den Vertrag einzubauen. Hier wird die Praxis der Durchführung des Vertrages aber zwingend Voraussetzungen schaffen, die eine spätere Regelung der Währungsfrage ermöglichen. Der Vertrag schließt die bisher weitverbreitete Praxis aus, feste Wechselkurse durch ein nationales System von Exportbeihilfen und Importabgaben zu korrigieren.

Geistige Beweggründe der europäischen Integration

Jahrhundertealte Rivalität wurde in unserer Gemeinschaft nicht nur begraben, sondern an ihre Stelle trat eine neue Gemeinsamkeit. Die im 19. Jahrhundert in Europa so stark herausgebildete Nationalstaaterei hatte in den ersten Weltkrieg geführt, und, ohne politisch etwas daraus zu lernen, war man nach dem Kriege wieder in die Restauration verfallen. Die Weltwirtschaftskrise führte dann auch noch zu einer völligen wirtschaftlichen Abkapselung der einzelnen Staatsgebilde. Jedes Land wandte den Blick nur nach innen, dachte nur an die eigenen Schwierigkeiten und strebte womöglich eine Autarkie, d. h. die Unabhängigkeit von Zu-

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist eine politische Kompromißformel gefunden worden, die den französischen Harmonisierungswünschen entgegenkam, ohne daß die anderen Mitgliedsstaaten ihre eigenen Grundsätze aufgeben mußten. Hervorzuheben ist die Aufgabe des „Europäischen Sozialfonds“. Dieser Fonds soll die örtliche und berufliche Freizügigkeit der Arbeitskräfte fördern und erreichen, daß die Anpassungsschwierigkeiten von Unternehmen an die Gegebenheiten des Gemeinsamen Marktes nicht von den Arbeitern, sondern, gemeinsam mit der nationalen Regierung, von der Gemeinschaft getragen werden.

Der Gemeinsame Markt wird von einer Gruppe strukturell gleichartiger Volkswirtschaften gebildet werden und verspricht gerade deshalb besondere Vorteile durch die Verbesserung der Arbeitsteilung. Er wird aber auch einige unterentwickelte Gebietsteile umfassen, die durch die erhöhte Freizügigkeit des Kapitals einer ersten Gefährdung ausgesetzt werden könnten. Um dieses zu vermeiden und die betreffenden Gebiete an den Fortschritten zu beteiligen und sie langsam dem Entwicklungsstand der anderen anzunähern, ist die Europäische Investitionsbank errichtet worden.

Der EWG-Vertrag respektiert — wie es auch in den meisten nationalen Bereichen der Fall ist — die besondere politische und wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft und strebt als Ziel eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte an. In den damit gesetzten Rahmen soll eine gemeinsame Agrarpolitik eingefügt werden, die sich bis zum Ende der Übergangszeit konkretisiert haben soll.

Wer sich all die Verträge und Gemeinschaften ansieht, dem kann in diesem Dickicht der Vereinbarungen zunächst die Übersicht verlorengehen; aber er wird nicht leugnen können, daß hier mit den realen Problemen unserer Zeit gerungen wird. Es scheint mir — wenn auch noch manches in sich widerspruchsvoll und unvollkommen ist — doch sehr bedeutsam zu sein, daß wir über Europa nicht mehr nur reden, sondern daß wir in die Einzelheiten des Integrationsmechanismus hineingegangen sind. Die Idee ist zur konkreten Politik geworden und diese Politik zur Tagespraxis.

Es wäre allerdings falsch, zu denken, daß die Einigung unseres Weltteils jetzt nur noch eine Frage des rein technischen Ablaufs wäre. Der Schlüssel des Erfolges liegt heute wie je in der Entschlußkraft der Europäer, nicht nur in ihrer fachlichen Kompetenz. Als Robert Schumann über Kohle und Stahl sprach, meinte er „endgültige Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland“. Und als Paul Henri Spaak sich mit der Frage auseinandersetzen mußte, ob „Tomatensaft in Büchsen ein industrielles oder ein landwirtschaftliches Produkt“ sei, da machte er sich eigentlich nur Sorgen über die Zukunft der Freiheit. Maßgebend für die Politik des europäischen Zusammenschlusses bleiben die geistigen Beweggründe.

führen aus dem Ausland an. Die politischen Tendenzen wurden durch diese Entwicklung verstärkt. Erst auf den Trümmern des zweiten Weltkrieges entstand die Erkenntnis, daß es für das weitere Schicksal Europas aus der Vergangenheit Lehren zu ziehen galt.

Unter dem zusätzlichen Eindruck der beiden rivalisierenden Machtblöcke Amerika und Rußland begannen europäisch denkende Menschen damit, nicht immer nur das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Europa erkannte, daß es von einem geistigen und wirtschaftlichen Mittelpunkt der Welt zu

einem bloßen Mitspieler geworden war, dessen Bedeutung in Zukunft von seiner Besinnung auf sich selbst, von der Mobilisierung der in ihm ruhenden Kräfte abhängen würde.

Europa wurzelt in Antike und Christentum. Man wurde sich klar, daß man das gleiche Bildungsideal, die gleichen grundlegenden Wertvorstellungen, das gleiche hohe Verantwortungsgefühl hatte, und war von dem tiefen Bewußtsein einer alten, in allen abendländischen Gebieten gleichlaufenden kulturellen Vergangenheit erfüllt. So ist ein neues starkes Zusammengehörigkeitsgefühl entstanden. Wir wissen alle, daß als hohe geistige Güter die Idee der Freiheit, die Würde des Einzelmenschen, die Freiheit von Meinung und Glauben und bei uns als Christen zusätzlich die persönliche Verantwortung vor einem persönlichen Gott bewahrt und geschützt werden müssen.

Sich stützend auf die Pfeiler einer gemeinsamen kulturellen Tradition, die in Wahrheit nie Grenzen gekannt hatte, und einer verbindenden Überzeugung von dem Wert der Freiheit, beseelt von dem Wunsche, aktiv das Schicksal Europas zu gestalten und nicht passiv in Panikstimmung einer verhängnisvollen Entwicklung zuzusehen, konnten sich in den letzten 10 Jahren in allen europäischen Ländern Männer ans Werk machen und eine Bewegung auslösen, die bald eine große Breitenwirkung fand. Die großen geistig schöpferischen und wirtschaftlich produktiven Kräfte mußten mobilisiert werden, um Europa in die Lage zu versetzen, in enger Verbundenheit durch eigene konkrete Leistung auch für die gesamte westliche Welt seine Aufgabe zu übernehmen.

Keine Uniformierung

Als dabei immer wieder betonte Gemeinsamkeit der Gesinnung ist hervorzuheben, daß kein europäisches Einigungsstreben etwa einer zukünftigen Nivellierung oder Uniformierung das Wort reden will. Im Gegenteil, die wertvollen kulturellen Eigenarten der einzelnen europäischen Länder sollen erhalten bleiben, weil im Austausch und im gegenseitigen Verständnis die Gemeinschaft nur reicher und beglückender gestaltet werden kann.

Auch in realpolitischer Hinsicht sind Triebkräfte entstanden, die zur europäischen Einigung drängten. Denn angesichts der beiden großen Machtbereiche in West und Ost blieb den einzelnen europäischen Nationen nur die Erkenntnis, daß sie die beiden wesentlichsten Merkmale einer staatlichen Souveränität unwiderruflich verloren haben: sie können sich weder allein verteidigen, noch ohne Rücksicht auf die Großen der Welt ihre Außenpolitik betreiben. Was die einzelne Nation verlor, kann nur durch politische Zusammenfügung zum Vereinigten Europa wieder geschaffen werden: die Möglichkeit, auch im Weltgeschehen eine verantwortungsvolle, die Sache der freien westlichen Welt stärkende Rolle übernehmen zu können. Aber ich gehe gewiß nicht zu weit mit der Behauptung, daß nicht so sehr diese realpolitischen Überlegungen den europäischen Gedanken

vorangetrieben haben. Das geschah fraglos in erster Linie durch jenes echte geistige Besinnen auf die gemeinsamen Wurzeln unserer Kultur und des weiteren durch die wirtschaftliche Überlegung, daß im Zeitalter der Technik und der Massenproduktion nur ein großer Markt Wohlstand und politische Stabilität geben kann. Moderne Wirtschaft ist Großraumwirtschaft. Aus diesen beiden Quellen vornehmlich haben viele namhafte Politiker ihre Initiative und nicht erlahmende Energie geschöpft, mit der sie sich mehr in privater als in amtlicher Eigenschaft der europäischen Politik zugewandt haben.

Verlauf der Integrationsbemühungen

Der Weg begann mit der Tätigkeit privater Organisationen, deren unschätzbar großes Verdienst es war und ist, daß sie den Gedanken an „Europa“ Allgemeingut werden ließen. Es folgten dann, von verschiedenen Ansatzpunkten ausgehend, mehrere zwischenstaatlichen Organisationen.

Auf politischem Gebiet ist der **Europarat** (1949) zu nennen, der sich aus einem Ministerrat, bei dem das Schwergewicht liegt, und einer Beratenden Versammlung zusammensetzt. Von den vielen Hoffnungen, die an den Europarat geknüpft wurden, sind nicht alle erfüllt worden. Aber er ist heute ein nicht zu unterschätzendes europäisches Diskussionszentrum führender Politiker.

Auf politisch-militärischer Ebene trat die **Westeuropäische Union** in das europäische Geschehen. Ihre historische Funktion besteht jedoch mehr darin, ein Bindeglied für die Einbeziehung der Bundesrepublik in die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft zu sein, als unmittelbar der europäischen Einigungspolitik zu dienen. Sie ist aber ein wichtiges Instrument zur Koordinierung der nationalen Streitkräfte, nachdem deren Integration durch das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zunächst vereitelt wurde.

Der europäische Einigungsgedanke hat viele und kräftige Rückschläge erlitten. So durch das erwähnte Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, mehr aber noch durch das Scheitern des Versuches, eine Europäisch-Politische Gemeinschaft zu errichten. Aber es scheint, daß gerade diese Fehlschläge erfolgen mußten, damit sich die Einsicht durchsetzen konnte, daß in der europäischen Politik nicht die politische Integration angestrebt werden kann, bevor man auf denjenigen Gebieten zur Einigung gekommen ist, die den Nährboden für manche zwischenstaatlichen Schwierigkeiten und Kriege gebildet haben. Das sind die Gebiete des wirtschaftlichen und der militärischen Koordination der europäischen Länder. Die Erkenntnis, daß der zweite Schritt nicht vor dem ersten getan und der Weg zur politischen Integration nach Lage der Dinge nur über die ökonomische Integration führen kann, war die unmittelbare und vielleicht glückliche Folge der beiden genannten Rückschläge. Sie gab den Weg frei für die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und damit für den historisch zweifellos entscheidenden Durchbruch zur politischen Einigung Europas.

Ausblicke auf den weiteren Weg nach Europa

Damit sind wir bei den Perspektiven. Sie hängen, wie aus dem bisher Gesagten leicht zu erkennen ist, davon ab, ob es uns gelingen wird, die Integration auch in dem Bereich des Politisch-Institutionellen fortzusetzen. Es handelt sich bei unserem Bemühen ja um echte Gesellschaftsgestaltung im europäischen Raum. Wenn das aber so ist, kommen wir auf die Dauer nicht mehr ohne eine europäische Obrigkeit aus. Die Hohe Behörde, die Europäische Kommission von Euratom und Wirtschafts-

gemeinschaft stellen dazu einen ersten Entwurf dar. Sie sind ein Stück „europäischer Regierung“. Die Hohe Behörde ist eigener Träger staatlicher Souveränität. Jede europäische Obrigkeit muß aber demokratisch kontrolliert werden. Eine bedeutsame Rolle fällt dabei dem vor einigen Monaten in Straßburg zusammengetretenen „Europäischen Parlament“ zu, das das 1952 gegründete Montan-Parlament einschließt und auf dessen Tradition aufbaut. Es hatte die Weisheit, einen Robert Schu-

man zu seinem Präsidenten zu wählen. In diesem Parlament findet die Dynamik der Demokratie ihre Chance. Um sie voll auszunutzen, ist aber mehr nötig als ein Parlament, das, wie bisher, aus den nationalen Parlamenten zusammengesetzt wird. Dieses Parlament muß sobald wie möglich direkt von den Völkern gewählt werden. Das gäbe die entscheidende Basis für eine gesunde politische Entwicklung Europas.

Eine Schicksalsfrage der weiteren europäischen Integration ist das Verhältnis der Gemeinschaft der Sechs zu den übrigen freien Völkern westlich des Eisernen Vorhangs. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist nicht als isoliertes Gebilde gedacht, und ihre Organe und Mitglieder werden sich immer bewußt bleiben, daß sie ein Teil der übrigen Welt sind und zu dieser enge Beziehungen unterhalten müssen. Schließlich ist auch die Behauptung, daß „Kleineuropa“ den Weg zum größeren behindere, nicht richtig. Einmal sind die Sechs bereit, jedes andere Land, das gewillt ist, sich den gleichen Verpflichtungen zu unterziehen, um dafür die gleichen Rechte zu erhalten, in die Gemeinschaft aufzunehmen. Zum anderen sollte nicht verkannt werden, daß das größere Projekt der Freihandelszone erst durch die Gründung der EWG akut geworden ist. Die Sechs arbeiten mit den anderen OEEC-Staaten eng zusammen und sind ernsthaft bemüht, eine für alle befriedigende Lösung in bezug auf die Freihandelszone zu erarbeiten. Gerade auf deutscher Seite ist man sich der wirtschaftlichen Vorzüge einer engeren Verflechtung im größeren europäischen Raum voll bewußt, wobei der Kern der Sechs in seiner Zielsetzung jedoch nicht beeinträchtigt werden kann. Es ist nichts gewonnen, wenn man allgemein eine FHZ fordert und sich in dieser Forderung einig ist, sich jeder aber unter FHZ etwas anderes vorstellt. Im Augenblick ringen die Völker Europas um eine einheitliche Gestaltung dieser Forderung. Wir Deutschen spielen eine Mittlerrolle zwischen England und Frankreich, und wir sind voller Hoffnung, daß diese Vermittlung zu einem Erfolg führt.

Die Situation in Frankreich

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein offenes Wort zu Frankreich sagen. Dieses Land befindet sich seit einiger Zeit in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, welche die Integration in dem Gemeinsamen Markt nicht erleichtern. Der Vertrag über die EWG sieht eine Reihe von Möglichkeiten vor, auch diese Schwierigkeiten als ein gemeinsames Problem zu sehen — die sie in der Tat sind — und eine gemeinsame Lösung zu ihrer Beseitigung zu finden. Wir sind entschlossen, hier jeden vernünftigen Weg mitzugehen, um zu helfen — wissend, daß auch wir eines Tages in die Lage kommen könnten, um Hilfe nachsuchen zu müssen.

Frankreich ist ein Land, das über eine sehr gesunde Wirtschaft, über hinreichend Kapital, über eine vorzügliche Unternehmerschaft und gute Arbeiter verfügt, die es bei richtiger wirtschaftlicher und politischer Führung sehr schnell wieder gesunden lassen können. Seit kurzem besteht eine neue Regierung, die eine wichtige Voraussetzung für eine wirtschaftliche Gesundung in sich birgt: sie wird für eine längere Zeit von Bestand sein. Wird diese Regierung aber nun den europäischen Kurs der französischen Regierungen seit Robert Schumans Erklärung vom 9. Mai 1950 fortsetzen? Ich bin voller Zuversicht, daß sie es tun wird!

Der entscheidende Anstoß zur Schaffung der konkreten europäischen Tatbestände, über die ich gesprochen habe, ging von zwei großen Franzosen aus: Robert Schuman und Jean Monnet. Frankreich ist seit drei Jahrzehnten Vorkämpfer eines Vereinten Europas; es hat für die europäischen Völker viele Marksteine auf dem

Wege nach Europa gesetzt. Die neue Regierung, die sich der großen französischen Tradition sehr bewußt ist, wird auch diese Tradition zu wahren wissen. Diese Meinung, die ich hier vertrete, hat reale Gründe: Bei der Investitur des derzeitigen Regierungschefs, General de Gaulle, die mit der Übertragung großer Vollmachten an die Regierung verbunden war, ist die Vollmacht zur Änderung der europäischen Verträge ausdrücklich ausgenommen worden. Der für die Durchführung dieser Verträge im französischen Kabinett zuständige Finanz- und Wirtschaftsminister ist Pinay. Pinay aber ist der Mann, der auf der Konferenz von Messina den nach der Zurückweisung der EVG darniederliegenden europäischen Gedanken gerettet und, auf dem Weg über die Brüsseler Konferenz, die Römischen Verträge über Euratom und EWG maßgeblich mit geschaffen hat. In der Regierung

Das vierte Referat auf der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU: „Militärische Fragen der Verteidigung“ von Generalinspekteur der Bundeswehr General Adolf Heusinger, sowie Berichte aus den sechs Diskussionskreisen veröffentlichten wir in unserer nächsten Ausgabe. Die Red.

de Gaulle sitzen Männer wie Pflimlin und Guy Mollet, beides überzeugte Europäer, die sicherlich die Tatsache aufwiegen, daß dort auch Michel Debré sitzt, der sicher kein Freund der europäischen Integration ist. Der neue Außenminister, der bisherige französische Botschafter in Bonn, Couve de Murville, ist ein dem europäischen Denken sehr aufgeschlossener Mann. Alle diese Tatsachen rechtfertigen meine Meinung, daß Frankreich den Weg der europäischen Integration fortsetzen wird. Vielleicht müssen wir manchmal etwas Geduld mit unserem französischen Partner haben; darin darf und braucht aber keine Resignation zu liegen. Wenn es auf dem Wege nach Europa hier und dort einmal Rückschläge gibt, so wissen wir, daß das in der Natur der Dinge liegt. Manchmal sind solche Rückschläge einer Einigung sogar förderlich.

Das große Ziel

Ich fasse zusammen: Wir sind auf dem Wege nach Europa. Konkrete Tatsachen — echte Meilensteine — begleiten ihn. Die Perspektiven zeigen das große Ziel eines Vereinten Europas in klaren Umrissen. Noch ist vieles zu tun. Die Worte der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mögen unser Leitmotiv sein:

„Geeint durch die Verträge von Paris und Rom, belebt durch das Streben einer Generation, die jahrhundertalten Kämpfen ein Ende bereiten möchte, will das im Entstehen begriffene Europa ein Hauptfaktor des Friedens und der Eintracht in der Welt sein.“

Über das Ökonomische hinaus erblicken wir ein Feld von größter Bedeutung: die europäische Weltpolitik, wie wir sie in Zukunft führen müssen, mit unseren amerikanischen Verbündeten und gegenüber den bolschewistischen Gegnern und der „unentschiedenen“ Welt. Professor Brugmanns sagte zu diesem Punkt am 15. Mai 1958 in Aachen:

„Solange Europa keine eigene Weltpolitik hat, ist es nicht nur von anderen abhängig, es liefert auch nicht den Beitrag, zu dem es berufen ist. Weltpolitik werden wir als Europäer nur gemeinsam oder gar nicht führen.“

Hier liegt eine ernste Herausforderung, denn hier wird von unseren Völkern verlangt, einen entscheidenden

Sprung in das Reich der europäischen Souveränität zu tun, in das Reich, in dem Europa mit einem Gehirn denken und mit voller Kraft handeln kann, in dem das atlantische Bündnis endlich zu einer echten Gemeinschaft wird, weil die Europäer ihre Streitigkeiten vergessen und ihre Minderwertigkeitsgefühle verloren haben. In einem solchen Reich sind die französischen Kolonien, Algerien und die deutsche Wiedervereinigung gemeinsame Aufgaben.

Der Weg zu einer solchen europäischen Lösung kühn, aber auch vorsichtig beschritten werden. Wir ten uns hier kein Risiko leisten, weil die Feinde Freiheit jede Unsicherheit, jeden Schock, jede Schwäche uns gegenüber ausnützen. Entschieden in der Entscheidung, beherrscht in der Verwirklichung, undramatisch und vorsichtig wollen wir unseren Weg nach Europa gehen. Er allein ist die Rettung des Abendlandes seinem Untergang.

PRESSESTIMMEN ZUR 7. BUNDESTAGUNG

„Christ und Welt“, Stuttgart:

„Die 7. Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU war sicher die bisher bedeutendste seit der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises durch Hermann Ehlers im Jahre 1952. Das bewirkte nicht nur, im Gegensatz zu früheren Tagungen, die Teilnahme aller der CDU/CSU angehörenden Minister und Abgeordneten aus Bund und Ländern, sondern vor allem auch die Diskussion in den Arbeitsgruppen. Die Arbeitskreise, die öffentlich tagten, unterschieden sich wesentlich von den Diskussionen in den vorhergegangenen Jahren.

Unter den 400 Delegierten in Essen herrschte eine ausgesprochene kämpferische Stimmung, die auch in dem Manifest: „An die evangelischen Christen“ ihren Ausdruck fand.“

„Sonntagsblatt“, Hamburg:

„Die Tagungen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU haben verschiedene innerpolitische Funktionen: Die wichtigste ist, der deutschen Öffentlichkeit deutlich werden zu lassen, daß der evangelische Teil der CDU nicht geringer ist als der katholische (was von der Propaganda der Opposition gern behauptet wird). Das ist angesichts der unbestrittenen Führung des Bundeskanzlers nicht leicht. Aber es glückt auf eine beinahe unauffällige Art, wenn man hier die bekannten evangelischen Politiker der CDU beieinander sieht. Da sind nicht einmal wenige, die das Zeug hätten, eines Tages Kanzler zu werden: Politiker, die sich in ihren Aufgaben bewährt haben. An einem Mangel an geeigneten Persönlichkeiten für politische Führungsaufgaben leidet der evangelische Teil der CDU jedenfalls nicht.“

Weitere Aufgabe des Arbeitskreises ist es, das spezifisch evangelische Staatsdenken gegenüber dem anders begründeten katholischen in der CDU zur Geltung zu bringen. Der Verlauf der Essener Tagung war bezeichnend dafür, wie es ohne professorale Auseinandersetzungen geschehen kann — nämlich durch betonte Sachlichkeit, deren Verzicht auf jede Phrase das Verantwortungsbewußtsein nur deutlicher durchscheinen läßt. Wir möchten meinen, daß dieser Stil — bewußt gepflegt — auf die Katholiken Eindruck machen und im deutschen Volk viel Anklang finden wird. Der Beifall, den die Referate erhielten, war dafür bezeichnend.“

„Rheinischer Merkur“, Köln:

„... ‚Schwarmgeister‘, so beginnt der beschwörende Aufruf der Tagung, ‚verwirren das rechte evangelische Verständnis vom politischen Amt‘. Man weiß, wer und was damit gemeint ist. Wenn zum Beispiel der hessische Kirchenpräsident Niemöller kürzlich in allem Ernst die Frage aufwarf, ob in diesen Zeitläuften ein Christ

überhaupt noch Staatsmann sein könne, wird mehr deutlich, welche Verheerungen die moderne Schwarmgeisterei in manchen theologischen Köpfen angerichtet hat. Dabei ist am Tage, daß kein Zeitalter dringender des Staatsmannes aus christlicher Verantwortung be- als das atomare, das über eine weithin erschreckte verwirrte Menschheit hereingebrochen ist. In Essen man deshalb gut daran getan, deutlich und ohne je taktische Beiwerk zu reden. Denn jene Schwarmgeister, treten mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit unter politischem Mißbrauch kirchlicher Ämter auf

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“:

„... Die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises haben in den letzten Wochen Attacken von teilweise prominenten Glaubensgenossen parieren müssen, — aus einem Gefühl vermeintlicher Rebellenohnmacht nicht gerade immer mit Fairneß, geschweige denn Geiste christlicher Brüderlichkeit und Barmherzigkeit geführt wurden.

Indes ist der Streit um die Verteidigungspolitik so wie der Arbeitskreis. Dieser Streit gab schon Anlaß zu seiner Gründung im Jahre 1952. Während den Katholiken in der Union ihre alte, naturrechtlich begründete Lehrtradition einen Weg wies, wuchsen unter den Evangelischen Spannungen und quälende Gewissenszweifel, deren Wurzeln zwar in die Geschichte des deutschen Protestantismus hinabreichen, die aber nun, angesichts der Atomwaffen, neuen Extremen zuzutreiben scheinen. Hier zu klären, bleibt offenbar eine wichtige Funktion dieses Arbeitskreises: Politik und Theologie sauber zu scheiden und doch richtig aufeinander zu beziehen; alte Ressentiments und neue Illusionen aufzubrechen; zu nüchternem und handfestem politischen Denken aufzurufen; und zwischen den beiden Lagern Protestantismus zu vermitteln...

Die Fronten haben sich — auch im Protestantismus — schärfer geschieden. Nicht nur der Evangelische Arbeitskreis der Unionspartei ist praktischer, geschlossener und seiner Sache sicherer geworden. Auch das andere Lager in der Polemik ‚Schwarmgeister‘ Genannten hat sich weiter in die Opposition gesetzt...“

„Weser-Kurier“, Bremen:

„... Es gibt schwerlich einen ernsteren Vorwurf für einen evangelischen CDU-Politiker als den, daß er durch das ‚Paktieren mit Atomwaffen‘ alle drei Glaubensartikel verleugne, ja, daß er Atheist sei. Nichts weniger besagen die zehn Thesen der ‚Kirchlichen Bruderschaften‘, die Anfang März 1958 verbreitet worden sind. ist die Antwort aus Essen kaum weniger hart ausgefallen...“